

Inhalt

8.7.2010	Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes	358
	2010-3	
8.7.2010	Gesetz zur Änderung des Abstimmungsgesetzes und des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof	359
	111-4; 1103-1; 1103-1-a	
8.7.2010	Gesetz über die Anwendung des Binnenmarktinformationssystems im Land Berlin (Binnenmarktinformationsgesetz – BMinfG)	361
	2010-6; 2001-1	
8.7.2010	Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011 (BerlBVAnpG 2010/2011)	362
	2032-4	
8.7.2010	Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin und des Denkmalschutzgesetzes Berlin	396
	2130-10; 2130-12; 2130-12a	
8.7.2010	Erstes Gesetz zur Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes	398
	2132-4	
8.7.2010	Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz	399
	7102-9	
1.7.2010	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst	402
	2030-2-66; 2030-2-66-a	
6.7.2010	Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung	403
	2030-1-9	
8.7.2010	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach § 19 des Rechtsdienstleistungsgesetzes	404
	314-6-1	

Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes

Das Berliner Informationsfreiheitsgesetz vom 15. Oktober 1999 (GVBl. S. 561), das zuletzt durch Artikel XII Nummer 6 des Gesetzes vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70, 111) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut wird Absatz 1.
- b) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Die öffentlichen Stellen im Sinne von § 2 Absatz 1 haben beim Abschluss von Verträgen sicherzustellen, dass die Bestimmungen des Vertrages dem Recht auf Akteneinsicht oder Aktenauskunft nach diesem Gesetz nicht entgegenstehen. Die öffentlichen Stellen im Sinne von § 2 Absatz 1 weisen bei Verträgen nach § 7a die Vertragspartner vor Vertragsschluss auf die Regelung des § 17 Absatz 3 hin.“

2. Nach § 7 wird folgender § 7a eingefügt:

„§ 7a

Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen bei besonderen Verträgen

(1) Übertragen öffentliche Stellen im Sinne von § 2 Absatz 1 Beteiligungen an Unternehmen in den Bereichen

- Wasserversorgung und Abwasserentsorgung,
- Abfallentsorgung,
- öffentlicher Nahverkehr,
- Energieversorgung,
- Krankenhauswesen oder
- Verarbeitung von Daten, die im Zusammenhang mit hoheitlicher Tätigkeit stehen,

vollständig oder teilweise, mittelbar oder unmittelbar auf Private, so unterliegen die geschlossenen Verträge grundsätzlich dem Informationsrecht des § 3. Das gleiche gilt für die Übertragung von Eigentum, Besitz, eines Erbbaurechts oder einer Dienstbarkeit an einer Sache, die zu einer in Satz 1 genannten Infrastruktur gehört, wenn die Übertragung die dauerhafte Erbringung der Infrastrukturleistung durch den Privaten ermöglichen soll.

(2) Das Recht auf Akteneinsicht oder Aktenauskunft besteht nicht hinsichtlich solcher Verträge oder Vertragsbestandteile, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse beinhalten und durch deren Offenbarung dem Vertragspartner ein wesentlicher wirtschaftlicher Schaden entstehen würde, sofern nicht das Informationsinteresse das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse des privaten Vertragspartners überwiegt. Das Informationsinteresse überwiegt in der Regel das schutzwürdige Geheimhaltungsinteresse, wenn der private Vertragspartner im Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen

Wettbewerb ausgesetzt ist. Das Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 ist durch den privaten Vertragspartner darzulegen.

(3) Wird ein Antrag auf Akteneinsicht oder Aktenauskunft bezogen auf einen Vertrag im Sinne des Absatzes 1 gestellt, der vor dem Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes vom 8. Juli 2010 (GVBl. S. 358) geschlossen wurde, und stehen der Gewährung von Akteneinsicht oder Aktenauskunft Bestimmungen des Vertrages entgegen, so hat die vertragschließende öffentliche Stelle den privaten Vertragspartner zu Nachverhandlungen und zur Anpassung des Vertrages aufzufordern. Kann innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach Zugang der Aufforderung zur Nachverhandlung keine Einigung erzielt werden, so wird Akteneinsicht oder Aktenauskunft gewährt, wenn das Informationsinteresse das private Geheimhaltungsinteresse erheblich überwiegt. Der Abwägungsmaßstab des Absatzes 2 ist zu berücksichtigen. Das Vorliegen des schutzwürdigen Geheimhaltungsinteresses ist durch den privaten Vertragspartner darzulegen. § 14 bleibt unberührt.

(4) Die übrigen Einschränkungen des Informationsrechts nach Abschnitt 2 bleiben unberührt.“

3. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Verträge nach § 7a sind zu veröffentlichen, soweit die Voraussetzungen eines Akteneinsichtsrechts oder Aktenauskunftsrechts nach § 7a vorliegen und ein öffentliches Informationsinteresse besteht. Dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“

- b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

Artikel II

Neubekanntmachungsermächtigung

Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, den Wortlaut des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes in der vom Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung neu bekannt zu machen.

Artikel III

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Gesetz
zur Änderung des Abstimmungsgesetzes und
des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung des Abstimmungsgesetzes

Das Abstimmungsgesetz vom 11. Juni 1997 (GVBl. S. 304), das durch Artikel I des Gesetzes vom 20. Februar 2008 (GVBl. S. 22) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Volksbegehren, die dem Grundgesetz, sonstigem Bundesrecht oder der Verfassung von Berlin widersprechen, sind unzulässig.“
 - b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.
2. § 14 Satz 3 wird aufgehoben.
3. § 15 wird wie folgt geändert:

„§ 15

Unterschriftensammlung“

- b) Die Absätze 1 und 2 werden wie folgt gefasst:

„(1) Auf schriftlichen Antrag der Trägerin bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung erstellt die fachlich zuständige Senatsverwaltung vor Beginn der Unterschriftensammlung umgehend die geschätzten Kosten, die sich aus der Verwirklichung des Volksbegehrens ergeben würden (amtliche Kostenschätzung). Zum Nachweis der Unterstützung bedarf der Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens der Unterschrift von mindestens 20 000 im Zeitpunkt der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten, im Falle eines Volksbegehrens zur Änderung der Verfassung von Berlin oder zur vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Abgeordnetenhauses der Unterschrift von mindestens 50 000 im Zeitpunkt der Unterzeichnung zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlberechtigten. Die Unterschriftsleistung muss innerhalb der letzten sechs Monate vor dem Eingang des Antrages bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung erfolgt sein. Jede Unterschrift muss auf einer Unterschriftsliste oder einem gesonderten Unterschriftsbogen, auf der oder auf dem der Wortlaut der Vorlage oder ihr wesentlicher Inhalt in Kurzform einschließlich der amtlichen Kostenschätzung vorangestellt ist, erfolgen. Die Trägerin kann eine eigene Kostenschätzung der amtlichen Kostenschätzung voranstellen.

(2) Neben der Unterschrift und dem handschriftlich von der unterzeichnenden Person anzugebenden Geburtsdatum müssen folgende Daten der unterzeichnenden Person angegeben sein:

 1. Familiennamen,
 2. Vornamen,
 3. Wohnsitz mit Anschrift (alleinige Wohnung oder Hauptwohnung),
 4. Tag der Unterschriftsleistung.“
- c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Die Trägerin hat die nach der Abstimmungsordnung vorgeschriebenen Muster für die Unterschriftslisten und -bögen zu verwenden und diese auf ihre Kosten zu beschaffen.“

4. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17

Prüfung des Antrags,
Mitteilung an das Abgeordnetenhaus

(1) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung leitet die Unterschriftslisten und -bögen den Bezirksämtern ohne Rücksicht auf deren örtliche Zuständigkeit für den Wohnsitz der eingetragenen Personen unverzüglich zur Überprüfung der Gültigkeit zu. Die Bezirksämter teilen der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung innerhalb von 15 Tagen ab Eingang der Unterschriftslisten und -bögen bei ihnen die Zahl der gültigen Unterschriften mit.

(2) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung prüft, ob die Anforderungen der §§ 10 bis 16 erfüllt sind.

(3) Der Trägerin soll eine angemessene Frist zur Behebung festgestellter Zulässigkeitsmängel gesetzt werden, wenn ohne eine Änderung des Gegenstandes des Volksbegehrens eine Mängelbeseitigung möglich ist. Dies gilt nicht für die nach § 15 einzureichenden Unterschriften.

(4) Das Ergebnis der Überprüfung teilt die für Inneres zuständige Senatsverwaltung der für das Volksbegehren fachlich zuständigen Senatsverwaltung mit, die dem Senat einen Beschlussvorschlag über dessen Standpunkt gegenüber dem Abgeordnetenhaus unterbreitet (Artikel 62 Absatz 3 Satz 1 der Verfassung von Berlin). Die Entscheidung des Senats über seinen Standpunkt zum Volksbegehren ist spätestens 15 Tage nach der Mitteilung der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung zu treffen.

(5) Sind bereits die Anforderungen des § 10 oder der §§ 13 bis 16 nicht erfüllt, so stellt der Senat dies durch Beschluss ausdrücklich fest. Die Entscheidung ist zu begründen und der Trägerin mitzuteilen.

(6) Entspricht das Volksbegehren den Anforderungen des § 10 und der §§ 13 bis 16, jedoch nicht den Anforderungen der §§ 11 oder 12, so hat die für Inneres zuständige Senatsverwaltung den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens dem Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen. Die Vorlage ist zu begründen und der Trägerin mitzuteilen. Sie ist innerhalb von 15 Tagen nach der Entscheidung des Senats über seinen Standpunkt beim Verfassungsgerichtshof einzureichen.

(7) In der Mitteilung an das Abgeordnetenhaus ist darauf hinzuweisen, dass das Abgeordnetenhaus innerhalb einer Frist von vier Monaten entscheiden kann, den begehrten Entwurf eines Gesetzes oder eines sonstigen Beschlusses inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand unverändert anzunehmen. Wenn das Abgeordnetenhaus das Begehren inhaltlich in seinem wesentlichen Bestand annimmt, hat es seine Entscheidung der Trägerin und dem Senat mitzuteilen.“

5. § 18 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Wörter „von weiteren drei Monaten“ durch die Wörter „eines weiteren Monats“ ersetzt.

b) Es wird folgender Satz angefügt:

„Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, solange und soweit der Verfassungsgerichtshof noch nicht über einen Einspruch nach § 17 Absatz 5 oder eine Vorlage nach § 17 Absatz 6 entschieden hat. Soweit die für Inneres zuständige Senatsverwaltung den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens teilweise dem Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt hat, kann die Trägerin das Verlangen für die anderen Teile bis zur Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs zurückstellen.“

6. § 40b wird wie folgt gefasst:

„§ 40b

Mitteilung von Einzelspenden

(1) Geld- oder Sachspenden, die in ihrem Gesamtwert die Höhe von 5 000 Euro übersteigen, sind der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders und der Gesamthöhe der Spenden unverzüglich anzuzeigen. Für Sachspenden ist der marktübliche Preis maßgebend.

(2) Die Vertrauenspersonen versichern mit dem Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative nach § 4, dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens nach § 14, dem Verlangen der Durchführung eines Volksbegehrens nach § 18 sowie 15 Tage vor dem Abstimmungstermin eines Volksentscheids an Eides statt, dass der Anzeigepflicht vollständig und richtig nachgekommen worden ist.

(3) Die Geldspenden sind von der Trägerin gesondert auf einem Konto unter Angabe des Spenders und des gespendeten Betrages zu verwalten. Sachspenden sind in einem schriftlichen Protokoll zu verzeichnen, in dem der Spender, der Gegenstand der Sachspende und der marktübliche Wert ausgewiesen werden. Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung kann bei Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für eine unvollständige Anzeige nach Absatz 1 anordnen, dass die Trägerin Unterlagen über Spenden vorlegt und ihr kontoführendes Geldinstitut ermächtigt, der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung Auskunft über die Einzelspenden sowie Name und Anschrift der Spender zu erteilen. Die Anordnung kann im Wege der Verwaltungsvollstreckung durchgesetzt werden.

(4) Die für Inneres zuständige Senatsverwaltung veröffentlicht die Angaben nach Absatz 1 fortlaufend im Amtsblatt für Berlin und übermittelt sie dem Landesabstimmungsleiter, der die Angaben zusätzlich im Internet veröffentlicht.“

7. Nach § 40b wird folgender § 40c eingefügt:

„§ 40c

Spendenverbot

Eine Trägerin einer Volksinitiative oder eines Volksbegehrens darf keine Geld- oder Sachspenden annehmen von

1. Fraktionen und Gruppen der Parlamente, kommunalen Vertretungen und Bezirksverordnetenversammlungen,
2. Unternehmen, die ganz oder teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand stehen oder die von ihr verwaltet oder betrieben werden, sofern die direkte Beteiligung der öffentlichen Hand 25 Prozent übersteigt.

Ist eine Partei Trägerin einer Volksinitiative oder eines Volksbegehrens, so gilt für die Trägerin § 25 Absatz 2 des Parteiengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 5a des Gesetzes vom 24. September 2009 (BGBl. I S. 3145) geändert worden ist, entsprechend.“

8. Dem § 41 Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„Stellt der Verfassungsgerichtshof auf die Vorlage der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung nach § 17 Absatz 6 die Zulässigkeit des Antrages auf Einleitung des Volksbegehrens fest, so teilt der Senat dem Abgeordnetenhaus unverzüglich das Ergebnis der Entscheidung mit. § 18 Absatz 1 Satz 1 und 2 gilt entsprechend.“

Artikel II

Änderung des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof

Das Gesetz über den Verfassungsgerichtshof vom 8. November 1990 (GVBl. S. 2246), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 20. Februar 2008 (GVBl. S. 22) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Nummer 7 werden nach dem Wort „über“ die Wörter „Vorlagen nach § 17 Absatz 6 und“ eingefügt.
2. § 55 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 55

Verfahren bei Vorlagen und Einsprüchen, Entscheidung“

- b) In Absatz 1 werden nach den Wörtern „auf Grund von“ die Wörter „Vorlagen und“ eingefügt.
- c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Der Verfassungsgerichtshof stellt auf Grund der Vorlage fest, dass der Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens zulässig ist, wenn die gesetzlichen Anforderungen für die Einleitung erfüllt sind. Im Übrigen erkennt der Verfassungsgerichtshof auf Grund von Einsprüchen auf Zurückweisung des Einspruchs oder auf Aufhebung der angegriffenen Entscheidung. Ist der Einspruch gegen die Entscheidung des Senats nach § 17 Absatz 5 des Abstimmungsgesetzes erhoben worden, wird der Einspruch auch dann zurückgewiesen, wenn das Volksbegehren den Anforderungen der §§ 11 oder 12 des Abstimmungsgesetzes nicht entspricht.“

Artikel III

Übergangsregelung

Auf Volksbegehren, deren Einleitung bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der für Inneres zuständigen Senatsverwaltung bereits beantragt worden sind, sind das Abstimmungsgesetz vom 11. Juni 1997 (GVBl. S. 304), das zuletzt durch Artikel I dieses Gesetzes geändert worden ist, und das Gesetz über den Verfassungsgerichtshof vom 8. November 1990 (GVBl. S. 2246), das zuletzt durch Artikel II dieses Gesetzes geändert worden ist, in den bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassungen weiter anzuwenden.

Artikel IV

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Gesetz
über die Anwendung des Binnenmarktinformationssystems im Land Berlin
(Binnenmarktinformationsgesetz – BMInfG)*

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Aufgaben der Verbindungsstelle

(1) Soweit durch Rechtsvorschrift nichts Abweichendes bestimmt ist, nimmt die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung als Verbindungsstelle folgende Aufgaben im Rahmen der europäischen Verwaltungszusammenarbeit nach Kapitel VI der Richtlinie 2006/123/EG wahr:

1. Entgegennahme und unverzügliche Weiterleitung von Ersuchen, die entweder an die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung als koordinierende Stelle gerichtet sind oder für deren Beantwortung sich die adressierte Berliner Behörde für unzuständig erklärt;
2. Entgegennahme von Unterrichtungen im Rahmen des Vorwarnungsmechanismus von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum sowie deren unverzügliche Weiterleitung an die zuständigen Berliner Behörden;
3. Entgegennahme von Unterrichtungen im Rahmen des Vorwarnungsmechanismus von zuständigen Berliner Behörden zur Weiterleitung an die zu unterrichtenden Stellen.

Die Feststellung des Vorliegens der rechtlichen Voraussetzungen für eine Unterrichtung, insbesondere nach Artikel 29 Absatz 3 und Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie 2006/123/EG obliegt der zuständigen Behörde. Hat die Verbindungsstelle Zweifel an deren Vorliegen, so kann sie vor der Weiterleitung eine ausdrückliche Bestätigung der zuständigen Behörde oder der fachlich zuständigen Senatsverwaltung verlangen. Bei der Entscheidung, welchen ausländischen Stellen eine Unterrichtung gemäß Artikel 29 Absatz 3 oder Artikel 32 Absatz 1 der Richtlinie 2006/123/EG bekannt zu geben ist, kann die Verbindungsstelle vom Vorschlag der zuständigen Behörde abweichen. Die Sätze 1 bis 3 gelten für ergänzende Mitteilungen zu bereits übermittelten Unterrichtungen entsprechend.

(2) Soweit durch Rechtsvorschrift nichts Abweichendes bestimmt ist, koordiniert die für Wirtschaft zuständige Senatsverwaltung im Rahmen der europäischen Verwaltungszusammenarbeit auch solche an die zuständigen Behörden im Land gerichteten Ersuchen von zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union und anderer Vertragsstaaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, die nicht nach Kapitel VI der Richtlinie 2006/123/EG abzuwickeln sind.

§ 2

Europäisches Binnenmarktinformationssystem

Die nach diesem Gesetz zu koordinierenden Aufgaben sollen über das nach Artikel 34 Absatz 1 der Richtlinie 2006/123/EG eingerichtete europäische Binnenmarktinformationssystem in elektronischer Form abgewickelt werden.

§ 3

Datenschutz

Die in § 1 genannten Behörden dürfen zur Wahrnehmung der ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben im erforderlichen Umfang personenbezogene Daten nach Maßgabe der Entscheidung der Kommission vom 12. Dezember 2007 über den Schutz personenbezogener Daten bei der Umsetzung des Binnenmarktinformationssystems (IMI) (ABl. L 13 vom 16. Januar 2008, S. 18) verarbeiten. Die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des § 6a des Berliner Datenschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung ist nur zulässig, wenn diese unverzichtbarer Bestandteil eines Ersuchens oder einer Unterrichtung im Rahmen des Vorwarnungsmechanismus sind. Soweit dieses Gesetz keine besonderen Regelungen über die Verarbeitung personenbezogener Daten enthält, finden die Vorschriften des Berliner Datenschutzgesetzes in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

§ 4

Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes

Der Nummer 7 der Anlage zu § 4 Absatz 1 Satz 1 des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes in der Fassung vom 22. Juli 1996 (GVBl. S. 302, 472), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 25. Januar 2010 (GVBl. S. 22) geändert worden ist, wird folgender Absatz 13 angefügt:

„(13) Aufgaben der Verbindungsstelle nach § 1 des Binnenmarktinformationsgesetzes.“

§ 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

* Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. Dezember 2006, S. 36).

Gesetz
zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin 2010/2011
(BerLBVAnpG 2010/2011)

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt für

1. Beamtinnen und Beamte und Richterinnen und Richter des Landes Berlin,
2. Beamtinnen und Beamte der landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger mit Anspruch auf Versorgungsbezüge, die das Land Berlin oder die landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts zu tragen haben.

(2) Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte sowie die ehrenamtlichen Richterinnen und Richter,
2. öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften und ihre Verbände.

(3) Wird in anderen landesrechtlichen Normen auf Vorschriften und Anlagen Bezug genommen, die durch die Regelungen der §§ 2 bis 4 ersetzt werden, so erfasst die Bezugnahme nunmehr die Regelungen der §§ 2 bis 4.

§ 2

Anpassung der Besoldung

(1) Um 1,5 vom Hundert werden ab 1. August 2010 erhöht

1. die Grundgehaltssätze, die Amtszulagen sowie die allgemeine Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 der Bundesbesoldungsordnungen A und B, die Anwärtergrundbeträge ausgehend von den sich aus den Anlagen IV, VIII und IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung ergebenden Beträgen,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 nach Anlage III des Landesbesoldungsgesetzes in der am 31. Juli 2010 geltenden Fassung,
3. die Grundgehaltssätze in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
4. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach den fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer,
5. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach der Vorbemerkung 2b der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
6. die sich aus Anlage II des Landesbesoldungsgesetzes in der Fassung vom 9. April 1996 (GVBl. S. 160, 2005 S. 463), das zuletzt durch Artikel VI des Gesetzes vom 25. Januar 2010 (GVBl. S. 22) geändert worden ist, ergebenden Beträge der Amtszulagen und Stellenzulagen.

Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 1 bis 5 zu diesem Gesetz.

(2) Um 1,28 vom Hundert werden der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 6 bis 14 zu diesem Gesetz.

(3) Ab dem 1. August 2011 werden die in Absatz 1 aufgeführten Dienst- und sonstigen Bezüge mit den sich ab dem 1. August 2010 ergebenden Beträgen um 2 vom Hundert erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 15 bis 19 zu diesem Gesetz.

(4) Ab dem 1. August 2011 werden der in Absatz 2 erhöhte Auslandszuschlag und Auslandskinderzuschlag um 1,7 vom Hundert erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus den Anlagen 20 bis 28 zu diesem Gesetz.

(5) Die Erhöhungen nach den Absätzen 1 und 3 gelten entsprechend für

1. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge, die nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist, fortgelten,
2. die besonderen Grundgehaltssätze, die bei Vereinheitlichung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern 1975 als fortgeltendes Recht festgesetzt worden sind, sowie Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder sonstige festgesetzte Grundgehaltssätze.

§ 3

Anpassung der Versorgungsbezüge

(1) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern gelten die Erhöhungen nach § 2 entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Absatz 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942), das durch Artikel 61 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist, und in Artikel 14 § 1 des Reformgesetzes genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 und § 84 Absatz 1 Nummer 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge.

(2) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab dem 1. August 2010 um 1,4 vom Hundert und ab 1. August 2011 um 1,9 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. Dies gilt entsprechend für

1. Versorgungsbezüge von Hinterbliebenen eines vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängers oder einer vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerin,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Absatz 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967, 976).

(3) Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. August 2010 um 48,43 Euro und ab 1. August 2011 um 49,40 Euro, wenn ihren ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Vorbemerkung Nummer 27 Absatz 1 Buchstabe a

oder b der Bundesbesoldungsordnung A und B bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.

(4) Für die Anwendung versorgungsrechtlicher Vorschriften gelten die Anpassungen nach den Absätzen 1 und 2 sowie § 2 als Anpassung im Sinne des § 70 Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652) geändert worden ist.

§ 4

Übergangsbestimmungen

(1) Die Regelung des § 14a Absatz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung gilt als Landesrecht mit der Maßgabe, dass in Halbsatz 1 die Wörter „den sonstigen Vorschriften“ durch die Angabe „§ 14 Absatz 1, § 36 Absatz 3 Satz 1 und § 66 Absatz 2 und § 85 Absatz 4“ ersetzt werden.

(2) Die Regelung des § 14a Absatz 3 Satz 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in der am 31. August 2006 geltenden Fassung gilt als Landesrecht mit der Maßgabe, dass die Wörter „das fünfundsech-

zigste Lebensjahr vollendet“ durch die Angabe „die Regelaltersgrenze nach den Vorschriften der §§ 35 ff. oder §§ 235 ff. des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch erreicht“ ersetzt werden.

§ 5

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

(2) Abweichend hiervon tritt § 4 Absatz 1 mit Wirkung vom 1. September 2006 in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Anlage 1

Anhang zu § 2 Absatz 1 Nr. 1 BerlBVerfG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12			
A 2	1456,71	1532,84	1589,00	1605,14	1641,29	1677,45	1713,60																				
A 3	1559,13	1597,59	1636,05	1674,51	1712,99	1751,45	1789,92																				
A 4	1594,53	1639,84	1685,10	1730,40	1775,68	1820,97	1866,24																				
A 5	1607,43	1665,41	1710,47	1755,50	1800,57	1845,62	1890,67	1935,73																			
A 6	1645,49	1694,96	1744,43	1793,89	1843,35	1892,82	1942,30	1991,76	2041,23																		
A 7	1717,81	1762,26	1824,51	1886,75	1948,99	2011,24	2073,50	2117,94	2162,40	2206,87																	
A 8		1944,83	1997,16	2058,37	2117,90	2177,56	2237,23	2296,91	2356,58	2416,26	2475,94	2535,62	2595,30	2654,98	2714,66	2774,34	2834,02	2893,70	2953,38	3013,06	3072,74	3132,42	3192,10	3251,78	3311,46		
A 9			2082,29	2167,42	2252,56	2337,70	2422,84	2507,98	2593,12	2678,26	2763,40	2848,54	2933,68	3018,82	3103,96	3189,10	3274,24	3359,38	3444,52	3529,66	3614,80	3700,00	3785,20	3870,40	3955,60	4040,80	
A 10				2277,35	2386,44	2495,51	2604,59	2713,67	2822,75	2931,83	3040,91	3149,99	3259,07	3368,15	3477,23	3586,31	3695,39	3804,47	3913,55	4022,63	4131,71	4240,79	4349,87	4458,95	4568,03	4677,11	
A 11					2527,40	2637,40	2747,40	2857,40	2967,40	3077,40	3187,40	3297,40	3407,40	3517,40	3627,40	3737,40	3847,40	3957,40	4067,40	4177,40	4287,40	4397,40	4507,40	4617,40	4727,40	4837,40	4947,40
A 12						2527,40	2637,40	2747,40	2857,40	2967,40	3077,40	3187,40	3297,40	3407,40	3517,40	3627,40	3737,40	3847,40	3957,40	4067,40	4177,40	4287,40	4397,40	4507,40	4617,40	4727,40	4837,40
A 13							3068,07	3178,07	3288,07	3398,07	3508,07	3618,07	3728,07	3838,07	3948,07	4058,07	4168,07	4278,07	4388,07	4498,07	4608,07	4718,07	4828,07	4938,07	5048,07	5158,07	5268,07
A 14								3043,39	3153,39	3263,39	3373,39	3483,39	3593,39	3703,39	3813,39	3923,39	4033,39	4143,39	4253,39	4363,39	4473,39	4583,39	4693,39	4803,39	4913,39	5023,39	5133,39
A 15									3229,99	3339,99	3449,99	3559,99	3669,99	3779,99	3889,99	3999,99	4109,99	4219,99	4329,99	4439,99	4549,99	4659,99	4769,99	4879,99	4989,99	5099,99	5209,99
A 16										4376,26	4486,26	4596,26	4706,26	4816,26	4926,26	5036,26	5146,26	5256,26	5366,26	5476,26	5586,26	5696,26	5806,26	5916,26	6026,26	6136,26	6246,26

Gültig ab 1. August 2010

2. Landesbesoldungsordnung B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

B 1	4.968,09
B 2	5.802,74
B 3	6.147,62
B 4	6.508,84
B 5	6.923,26
B 6	7.314,61
B 7	7.695,29
B 8	8.092,07
B 9	8.584,71
B 10	10.114,57
B 11	10.508,86

Anhang zu § 2 Absatz 1 Nr. 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 2

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 6	101,74	193,14
Übrige Besoldungsgruppen	106,66	198,26

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 91,40 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 284,79 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,

in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und

in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:

94,58 €

in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:

100,40 €

Anhang zu § 2 Absatz 1 Nr. 1 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 3

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	719,65
A 5 bis A 8	829,92
A 9 bis A 11	879,23
A 12	1006,90
A 13	1035,94
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1067,84

Anhang zu § 2 Absatz 1 Nr. 1 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 4

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen

(Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44 bis zu	102,26	Die Zulage beträgt für	12,5 v. H. des
§ 48 Abs. 2 bis zu	102,26	Beamte und Soldaten	Endgrundgehalts
§ 78 bis zu	76,69	der Besoldungsgruppen	oder, bei festen
			Gehältern, des
			Grundgehalts der
			Besoldungsgruppe *)
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 2 bis A 5	A 5
Vorbemerkungen		A 6 bis A 9	A 9
Nummer 2 Abs. 2	127,82	A 10 bis A 13	A 13
Nummer 4	51,13	A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 4a	76,69	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 5		B 5 bis B 7	B 8
Die Zulage beträgt für		B 8 bis B 10	B 9
Mannschaften,		B 11	B 11
Unteroffiziere/Beamte			
der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	Nummer 8	
Unteroffiziere/Beamte		Die Zulage beträgt	
der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Offiziere/Beamte des gehobenen		A 2 bis A 5	115,04
und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
		A 10 und höher	191,73
Nummer 5a		Nummer 8a	
Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	92,03	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	153,39	A 2 bis A 5	70,00
Buchstabe c	219,96	A 6 bis A 9	95,53
Abs. 2		A 10 bis A 13	117,82
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	A 14 und höher	140,11
Buchstabe b	102,26	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des mittleren Dienstes	50,96
Buchstabe b	40,90	des gehobenen Dienstes	66,87
Nr. 3	66,47	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 4 und 5	61,36	Nummer 8b	
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	Die Zulage beträgt	
Buchstabe b	102,26	für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 2 bis A 5	92,03
Buchstabe b	40,90	A 6 bis A 9	122,71
Nr. 8 Buchstabe a	127,82	A 10 bis A 13	153,39
Buchstabe b	66,47	A 14 und höher	184,07
Nr. 9	61,36	Nummer 9	
Nummer 6 Abs. 1		Die Zulage beträgt	
Buchstabe a	460,16	nach einer Dienstzeit	
Buchstabe b	368,13	von einem Jahr	63,69
Buchstabe c	294,50	von zwei Jahren	127,38
Nummer 6 a	102,26		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,90
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	214,72
Nummer 21	160,14
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,06
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa	16,63	
Doppelbuchstabe bb	65,04	
Buchstabe b	72,29	
Buchstabe c	72,29	
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb	48,44	
Buchstabe b und c	72,29	
Nummer 30	23,01	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	31,05
	2	17,73
	3	57,27
A 3	1, 5	57,27
	2	31,05
	7	28,93
A 4	1, 4	57,27
	2	31,05
	5	6,23
A 5	3	31,05
	4, 6	57,27
A 6	6	31,05
A 7	2	38,55
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 6
A 8	2	49,68
A 9	2, 3, 6	231,16
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 6
A 12	7, 8	134,27
A 13	6	107,39
	7	161,07
	11, 12, 13	234,93
A 14	5	161,07
A 15	7	161,07
B 10	1	372,20

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		
		38,35
Besoldungs- gruppen		
	Fußnote	
R 1	1, 2	178,08
R 2	3 bis 8, 10	178,08
R 3	3	178,08
R 8	2	356,09

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang zu § 2 Absatz 1 Nr. 6 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 5

Amtszulagen, Stellenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Landesbesoldungsordnung (LBesO)	Dem Grund nach geregelt in		
		Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro
1. Amtszulagen	LBesO A	A 10	2	244,67
		A 11	5	244,67
		A 12	2	161,07
			6	161,07
		A 13	1	107,39
			2	161,07
			3	269,41
		A 14	1	161,07
			2	187,89
		A 15	1	269,41
2	297,78			
		3	161,07	
	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)	A 15 (kw)	1	161,07
2. Stellenzulagen	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)	A 10 (kw)	1	37,83
	LBesO B	B 7	1	84,07

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerBVAmpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 6
(ehemals Anlage VIa des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	889,89	1.049,05	1.211,35	1.372,58	1.534,88	1.697,17	1.857,33	2.020,71	2.179,79	2.342,62	2.504,39	2.665,07
A 9	1.045,29	1.218,87	1.391,37	1.564,96	1.739,63	1.912,68	2.086,28	2.260,39	2.433,44	2.607,04	2.780,09	2.953,67
A 10	1.179,64	1.361,82	1.541,33	1.721,90	1.901,93	2.083,05	2.263,07	2.443,12	2.622,61	2.802,65	2.983,76	3.163,80
A 11	1.284,44	1.473,60	1.661,16	1.849,27	2.037,36	2.224,93	2.413,56	2.601,65	2.790,28	2.977,84	3.165,95	3.353,51
A 12	1.430,08	1.629,46	1.828,30	2.028,23	2.227,07	2.427,53	2.626,37	2.826,29	3.025,13	3.225,06	3.424,98	3.624,37
A 13 und C 1	1.572,50	1.780,48	1.986,84	2.194,29	2.401,19	2.608,65	2.816,10	3.023,00	3.230,98	3.437,33	3.645,33	3.852,24
A 14	1.717,60	1.932,03	2.146,46	2.361,43	2.575,86	2.790,82	3.005,26	3.219,15	3.433,57	3.648,55	3.862,43	4.076,34
A 15, C 2 und R 1	1.919,13	2.150,76	2.382,40	2.614,01	2.845,64	3.077,81	3.308,90	3.541,60	3.773,24	4.005,40	4.237,03	4.468,66
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	2.027,68	2.271,14	2.514,59	2.757,51	3.002,03	3.244,41	3.487,86	3.731,32	3.974,76	4.218,76	4.461,68	4.704,59
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	2.027,68	2.279,74	2.534,47	2.789,21	3.043,96	3.299,76	3.554,50	3.809,78	4.064,51	4.319,79	4.574,53	4.829,27
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.232,99	2.515,66	2.798,36	3.080,51	3.363,17	3.645,86	3.928,01	4.210,16	4.493,38	4.774,99	5.057,13	5.340,90
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.392,07	2.711,29	3.029,45	3.348,67	3.667,37	3.986,59	4.306,35	4.625,04	4.944,29	5.262,96	5.582,19	5.900,89

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 7
(ehemals Anlage Vlb des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	756,16	892,10	1.029,15	1.166,74	1.305,40	1.442,44	1.578,95	1.717,07	1.853,02	1.991,67	2.128,72	2.265,23
A 9	887,82	1.036,15	1.182,33	1.330,13	1.479,52	1.626,23	1.774,02	1.921,82	2.068,53	2.216,32	2.363,03	2.509,76
A 10	1.002,83	1.158,15	1.310,78	1.463,93	1.617,64	1.770,27	1.923,97	2.077,13	2.228,69	2.382,40	2.536,63	2.689,25
A 11	1.092,04	1.252,19	1.411,80	1.571,96	1.732,10	1.892,26	2.051,87	2.212,03	2.371,11	2.530,71	2.691,41	2.849,95
A 12	1.214,57	1.384,94	1.554,21	1.723,50	1.893,88	2.063,15	2.231,92	2.401,73	2.572,09	2.741,39	2.911,21	3.080,51
A 13 und C 1	1.337,10	1.513,38	1.688,57	1.865,38	2.041,13	2.217,40	2.393,67	2.569,41	2.746,76	2.921,96	3.098,24	3.274,50
A 14	1.460,17	1.642,37	1.824,00	2.007,82	2.189,45	2.371,64	2.553,29	2.735,02	2.918,74	3.100,92	3.283,10	3.464,75
A 15, C 2 und R 1	1.631,07	1.827,76	2.024,48	2.222,24	2.420,01	2.615,63	2.812,32	3.010,63	3.207,87	3.404,56	3.601,26	3.799,02
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.722,98	1.929,88	2.136,79	2.344,24	2.550,61	2.757,51	2.964,95	3.171,32	3.378,77	3.586,75	3.792,59	3.999,48
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.722,98	1.937,94	2.154,53	2.371,11	2.587,15	2.804,27	3.021,37	3.237,96	3.454,55	3.671,12	3.887,70	4.104,30
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.898,71	2.137,86	2.378,08	2.618,32	2.858,55	3.098,77	3.339,00	3.579,23	3.818,91	4.059,68	4.298,82	4.539,60
B 8 und hb- her, R 8 und hther	2.033,07	2.304,47	2.575,86	2.846,72	3.118,65	3.388,44	3.659,84	3.930,70	4.202,09	4.472,95	4.744,35	5.015,76

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAmpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 8
(ehemals Anlage VIc des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	622,87	734,12	848,58	960,91	1.074,83	1.187,70	1.300,56	1.414,49	1.526,27	1.640,20	1.753,07	1.865,93
A 9	731,44	852,34	973,81	1.094,73	1.218,34	1.339,26	1.460,71	1.582,18	1.703,63	1.824,00	1.946,00	2.067,47
A 10	826,56	953,38	1.079,13	1.205,98	1.331,73	1.458,57	1.584,31	1.710,07	1.836,92	1.962,13	2.087,89	2.215,25
A 11	899,84	1.030,79	1.162,99	1.294,64	1.426,84	1.557,44	1.689,12	1.820,78	1.952,98	2.083,58	2.216,32	2.347,46
A 12	1.000,69	1.140,40	1.279,60	1.420,40	1.559,05	1.698,79	1.839,05	1.977,70	2.117,44	2.257,71	2.397,43	2.537,70
A 13 und C 1	1.100,64	1.245,74	1.390,30	1.535,41	1.681,06	1.825,61	1.970,73	2.115,83	2.261,47	2.406,03	2.551,67	2.696,25
A 14	1.202,74	1.352,69	1.502,08	1.652,03	1.803,58	1.953,53	2.103,46	2.253,40	2.403,34	2.553,29	2.703,23	2.853,72
A 15, C 2 und R 1	1.343,02	1.504,79	1.667,63	1.830,45	1.992,23	2.155,06	2.316,83	2.479,13	2.641,43	2.803,73	2.966,03	3.127,79
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.419,33	1.589,69	1.759,52	1.929,88	2.101,32	2.271,68	2.440,96	2.611,87	2.782,23	2.953,67	3.123,49	3.293,33
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.419,33	1.595,06	1.774,02	1.952,45	2.130,87	2.310,37	2.487,72	2.665,61	2.844,57	3.023,53	3.201,42	3.380,38
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.563,36	1.760,59	1.958,90	2.156,68	2.353,90	2.551,67	2.749,97	2.947,22	3.145,53	3.342,22	3.540,54	3.738,83
B 8 und höher, R 8 und höher	1.674,06	1.897,63	2.120,67	2.344,24	2.567,80	2.791,37	3.014,40	3.237,96	3.460,45	3.684,03	3.907,58	4.130,61

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 9
(ehemals Anlage VId des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	435,86	514,31	593,33	672,85	752,39	831,40	909,86	990,46	1.067,87	1.148,47	1.226,93	1.306,47
A 9	511,63	596,53	681,45	766,36	852,34	937,26	1.022,72	1.107,63	1.192,00	1.276,92	1.362,90	1.446,21
A 10	578,81	667,47	755,63	843,75	932,42	1.021,10	1.109,79	1.197,91	1.285,52	1.373,11	1.461,77	1.549,93
A 11	628,78	722,30	813,65	905,10	998,00	1.090,42	1.182,33	1.274,76	1.367,20	1.459,10	1.551,00	1.642,90
A 12	700,26	798,08	896,96	993,70	1.091,49	1.188,77	1.287,12	1.384,94	1.482,75	1.580,03	1.677,81	1.775,64
A 13 und C 1	770,12	871,70	973,27	1.075,38	1.176,42	1.277,99	1.380,11	1.481,68	1.583,25	1.684,81	1.786,39	1.887,96
A 14	842,13	946,94	1.051,73	1.157,60	1.262,40	1.367,75	1.472,53	1.577,33	1.682,13	1.787,47	1.892,80	1.997,59
A 15, C 2 und R 1	940,49	1.053,88	1.167,27	1.280,69	1.394,07	1.506,92	1.621,94	1.735,87	1.848,72	1.962,66	2.076,06	2.189,98
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	993,70	1.113,00	1.231,77	1.350,54	1.470,93	1.589,69	1.709,00	1.828,30	1.948,15	2.067,47	2.186,23	2.305,00
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	993,70	1.116,75	1.241,99	1.367,20	1.491,34	1.616,01	1.742,33	1.866,46	1.991,67	2.115,83	2.242,13	2.366,81
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.094,20	1.232,31	1.370,97	1.509,62	1.647,73	1.786,39	1.925,04	2.063,15	2.201,81	2.339,92	2.478,58	2.616,16
B 8 und hb- her, R 8 und höher	1.172,11	1.327,96	1.484,90	1.640,74	1.797,14	1.953,53	2.109,92	2.265,78	2.423,25	2.578,55	2.734,93	2.891,87

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 10
(ehemals Anlage Vle des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	529,36	623,95	721,21	816,34	913,07	1.009,29	1.106,02	1.202,74	1.297,35	1.394,07	1.489,73	1.586,46
A 9	621,79	724,97	828,16	931,36	1.035,62	1.137,72	1.241,99	1.344,63	1.447,82	1.551,00	1.653,65	1.756,83
A 10	701,87	809,90	916,84	1.024,86	1.131,81	1.239,83	1.346,24	1.453,72	1.560,13	1.667,63	1.775,64	1.882,59
A 11	784,22	876,53	988,86	1.100,64	1.211,89	1.323,67	1.436,52	1.547,77	1.660,10	1.771,98	1.883,67	1.995,46
A 12	850,74	969,51	1.088,28	1.206,52	1.324,73	1.443,51	1.562,83	1.681,06	1.800,90	1.919,13	2.037,36	2.156,68
A 13 und C 1	935,66	1.059,27	1.181,79	1.305,94	1.429,00	1.551,53	1.675,14	1.798,74	1.922,36	2.045,43	2.169,03	2.292,10
A 14	1.022,18	1.150,62	1.276,92	1.404,82	1.532,18	1.660,63	1.787,47	1.914,82	2.042,75	2.170,64	2.297,48	2.426,45
A 15, C 2 und R 1	1.141,48	1.279,04	1.417,17	1.555,30	1.693,96	1.831,53	1.969,12	2.107,24	2.245,36	2.382,93	2.521,04	2.658,62
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.206,52	1.350,54	1.496,19	1.640,74	1.785,85	1.930,42	2.075,52	2.220,10	2.365,19	2.509,76	2.654,86	2.799,43
B 3, B 4, C 4.												
R 3 und R 4 B 5 bis B 7.	1.206,52	1.356,45	1.506,92	1.660,10	1.811,10	1.963,73	2.114,75	2.266,30	2.418,93	2.569,96	2.721,51	2.873,06
R 5 bis R 7 B 8 und höher, R 8 und höher	1.328,50	1.496,73	1.664,93	1.833,16	2.000,29	2.169,57	2.337,25	2.505,45	2.672,59	2.841,36	3.009,55	3.177,76
höher	1.424,16	1.612,80	1.803,58	1.992,75	2.182,47	2.372,17	2.562,41	2.752,13	2.940,77	3.131,03	3.320,72	3.511,51

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 11
(ehemals Anlage VI f des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	985,10	1.152,23	1.317,76	1.485,43	1.649,34	1.816,49	1.983,63	2.150,76	2.316,83	2.482,35	2.648,41	2.816,10
A 9	1.153,83	1.331,73	1.511,76	1.688,57	1.867,02	2.044,89	2.222,77	2.402,26	2.580,16	2.758,05	2.937,55	3.115,97
A 10	1.304,86	1.490,26	1.675,14	1.859,47	2.044,35	2.229,77	2.414,62	2.600,04	2.785,99	2.969,79	3.155,21	3.340,62
A 11	1.420,40	1.613,88	1.808,43	2.001,89	2.196,44	2.390,99	2.584,46	2.778,46	2.973,01	3.167,03	3.361,56	3.555,05
A 12	1.578,95	1.784,24	1.988,99	2.193,76	2.398,51	2.603,26	2.808,03	3.013,31	3.218,06	3.422,83	3.627,59	3.832,34
A 13 und C 1	1.736,94	1.950,84	2.164,19	2.378,08	2.592,51	2.805,34	3.019,24	3.233,66	3.448,09	3.660,92	3.874,80	4.089,77
A 14	1.896,56	2.116,91	2.338,32	2.559,20	2.780,61	3.002,58	3.222,91	3.443,80	3.664,14	3.885,55	4.105,90	4.328,39
A 15, C 2 und R 1	2.119,60	2.360,35	2.600,58	2.840,80	3.080,51	3.320,72	3.561,49	3.801,72	4.041,95	4.281,63	4.520,78	4.762,62
A 16 bis B 2.												
C 3 und R 2 B 3, B 4.	2.248,03	2.499,55	2.752,13	3.004,71	3.255,16	3.507,21	3.758,18	4.010,78	4.262,29	4.513,80	4.766,40	5.017,91
C 4, R 3 und R 4	2.248,57	2.513,52	2.777,93	3.042,34	3.306,76	3.571,16	3.836,10	4.100,52	4.364,94	4.629,35	4.894,31	5.158,17
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.507,07	2.797,82	3.088,02	3.379,31	3.670,04	3.960,79	4.251,53	4.542,82	4.833,03	5.124,30	5.415,06	5.706,35
B 8 und höher, R 8 und höher	2.703,77	3.032,13	3.361,03	3.689,93	4.018,30	4.346,13	4.675,56	5.003,40	5.331,76	5.661,19		

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 12
(ehemals Anlage Vlg des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	845,90	985,63	1.127,50	1.267,76	1.409,13	1.551,00	1.691,26	1.833,16	1.974,48	2.114,21	2.256,63	2.395,83
A 9	987,77	1.137,72	1.292,52	1.442,99	1.593,99	1.745,55	1.896,56	2.047,04	2.198,60	2.350,68	2.501,69	2.653,24
A 10	1.117,30	1.276,37	1.433,84	1.592,92	1.750,92	1.907,85	2.066,39	2.223,31	2.382,93	2.540,39	2.697,86	2.856,93
A 11	1.218,87	1.383,87	1.548,84	1.714,38	1.879,36	2.044,89	2.209,88	2.375,94	2.540,93	2.705,92	2.871,44	3.036,96
A 12	1.355,92	1.528,96	1.703,07	1.876,68	2.050,80	2.223,86	2.397,98	2.572,09	2.746,22	2.919,27	3.092,86	3.266,44
A 13 und C 1	1.491,88	1.673,53	1.854,64	2.036,29	2.218,48	2.399,59	2.580,71	2.761,80	2.944,53	3.125,63	3.306,76	3.488,41
A 14	1.627,84	1.814,33	2.001,89	2.189,98	2.377,56	2.565,12	2.752,67	2.939,16	3.127,25	3.315,35	3.502,37	3.690,47
A 15, C 2 und R 1	1.820,25	2.023,93	2.227,07	2.431,29	2.635,52	2.839,20	3.042,34	3.245,49	3.450,23	3.653,93	3.857,60	4.060,75
A 16 bis B 2.												
C 3 und R 2 B 3, B 4.	1.930,95	2.144,86	2.358,20	2.572,09	2.785,45	2.999,35	3.212,17	3.426,06	3.639,42	3.853,32	4.066,68	4.280,03
C 4.												
R 3 und R 4 B 5 bis B 7.	1.935,78	2.159,89	2.384,54	2.609,16	2.833,29	3.057,93	3.282,58	3.507,21	3.731,32	3.956,50	4.181,13	4.404,72
R 5 bis R 7 B 8 und höher, R 8 und höher	2.158,82	2.405,50	2.653,79	2.900,46	3.148,22	3.394,36	3.641,56	3.888,78	4.136,52	4.383,74	4.630,42	4.878,18
	2.331,88	2.610,25	2.890,25	3.168,10	3.448,09	3.726,48	4.005,40	4.284,32	4.563,23	4.841,63		

Anhang zu § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2010

Anlage 13
(ehemals Anlage Vlh des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	707,79	825,47	939,95	1.056,57	1.172,11	1.287,67	1.403,73	1.519,83	1.636,44	1.751,99	1.867,54	1.983,63
A 9	828,16	953,38	1.079,13	1.202,74	1.328,50	1.454,26	1.579,47	1.706,31	1.832,07	1.957,30	2.083,05	2.208,81
A 10	936,73	1.065,16	1.195,23	1.322,60	1.452,10	1.581,10	1.710,62	1.840,12	1.968,57	2.098,62	2.225,99	2.354,98
A 11	1.020,03	1.157,60	1.293,57	1.430,08	1.567,12	1.703,07	1.840,12	1.975,56	2.112,60	2.249,11	2.385,61	2.522,65
A 12	1.133,41	1.277,44	1.422,01	1.565,51	1.709,00	1.852,49	1.996,51	2.139,46	2.284,57	2.428,08	2.572,09	2.715,04
A 13 und C 1	1.248,96	1.396,23	1.545,62	1.694,49	1.843,36	1.991,14	2.138,93	2.288,33	2.436,68	2.584,99	2.733,86	2.882,20
A 14	1.363,98	1.518,22	1.671,38	1.824,55	1.978,79	2.133,03	2.287,26	2.440,43	2.595,21	2.749,45	2.902,61	3.056,85
A 15, C 2 und R 1	1.524,67	1.693,41	1.861,09	2.029,32	2.197,51	2.366,27	2.534,47	2.702,69	2.870,90	3.039,12	3.208,40	3.376,09
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.618,72	1.794,99	1.970,73	2.148,08	2.323,82	2.500,09	2.677,43	2.853,16	3.029,45	3.205,18	3.383,07	3.559,34
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.623,01	1.808,43	1.993,30	2.178,17	2.363,57	2.548,46	2.733,86	2.918,74	3.104,14	3.289,02	3.474,96	3.659,31
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.613,79	2.017,49	2.220,10	2.423,77	2.626,37	2.829,53	3.032,13	3.235,81	3.438,42	3.641,03	3.844,72	4.047,32
B 8 und höher, R 8 und höher	1.962,13	2.192,14	2.423,77	2.654,33	2.884,33	3.115,43	3.345,98	3.575,45	3.807,08	4.038,19		

Anhang zu § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

1. Landesbesoldungsordnung A

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus						3-Jahres-Rhythmus						4-Jahres-Rhythmus									
	Stufe																					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12										
A 2	1526,64	1563,60	1600,38	1637,24	1674,11	1711,00	1747,88															
A 3	1550,31	1629,54	1688,77	1708,00	1747,24	1786,48	1825,72															
A 4	1626,43	1672,64	1718,81	1765,01	1811,20	1857,39	1903,56															
A 5	1639,57	1698,72	1744,66	1790,61	1836,56	1882,53	1928,46	1974,44														
A 6	1678,40	1728,66	1779,32	1829,77	1880,22	1930,68	1981,15	2031,60	2082,05													
A 7	1752,16	1797,51	1861,00	1924,49	1987,97	2051,47	2114,97	2160,30	2205,64	2251,01												
A 8		1851,94	1916,17	1997,54	2076,90	2150,26	2214,64	2285,86	2350,11	2404,37	2458,60											
A 9		1983,73	2037,11	2123,94	2210,77	2297,61	2384,45	2444,14	2503,85	2563,54	2623,24											
A 10		2137,48	2211,65	2322,89	2434,17	2545,42	2656,68	2730,85	2805,02	2879,18	2953,35											
A 11			2463,95	2577,95	2691,95	2805,95	2919,96	2996,96	3071,95	3147,97	3223,98											
A 12			2649,87	2785,80	2921,70	3057,62	3193,54	3284,15	3374,75	3465,36	3555,99											
A 13			2982,66	3129,43	3276,21	3422,97	3569,74	3667,58	3765,43	3863,27	3961,13											
A 14			3104,25	3294,59	3484,91	3675,23	3865,56	3992,44	4119,32	4246,21	4373,10											
A 15						4041,57	4250,63	4416,24	4585,53	4753,04	4920,45											
A 16						4463,79	4705,79	4898,41	5093,03	5286,62	5480,24											

Gültig ab 1. August 2011

2. Landesbesoldungsordnung B

Grundgehaltsätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5.087,85
B 2	5.918,79
B 3	6.270,57
B 4	6.639,02
B 5	7.051,73
B 6	7.460,90
B 7	7.849,20
B 8	8.253,91
B 9	8.756,40
B 10	10.316,86
B 11	10.719,04

Anhang zu § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 16

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,78	197,01
übrige Besoldungsgruppen	109,00	202,23

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 93,23 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 290,48 Euro.

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro, in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:	96,47 €
in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:	102,41 €

Anhang zu § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 17

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsamtdatum, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	734,04
A 5 bis A 8	846,52
A 9 bis A 11	896,62
A 12	1027,04
A 13	1056,66
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1089,20

Anhang zu § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 18

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		Nummer 7	
§ 44 bis zu	102,26	Die Zulage beträgt für Beamte und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
§ 46 Abs. 2 bis zu	102,26	A 2 bis A 5	A 5
§ 76 bis zu	76,69	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	127,62	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	51,13	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	76,69	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	35,79	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	51,13	A 2 bis A 5	115,04
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	76,69	A 6 bis A 9	153,39
Nummer 5a		A 10 und höher	191,73
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	92,03	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	153,39	A 2 bis A 5	70,00
Buchstabe c	219,06	A 6 bis A 9	95,53
Abs. 2		A 10 bis A 13	117,82
Nr. 1 Buchstabe a	138,05	A 14 und höher	140,11
Buchstabe b	102,26	für Anwärter der Laufbahngruppe des mittleren Dienstes	50,96
Nr. 2 Buchstabe a	102,26	des gehobenen Dienstes	66,87
Buchstabe b	40,90	des höheren Dienstes	82,80
Nr. 3	66,47	Nummer 8b	
Nr. 4 und 5	61,36	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Nr. 6 Buchstabe a	102,26	A 2 bis A 5	82,03
Buchstabe b	102,26	A 6 bis A 9	122,71
Nr. 7 Buchstabe a	102,26	A 10 bis A 13	153,39
Buchstabe b	40,90	A 14 und höher	184,07
Nr. 8 Buchstabe a	127,62	Nummer 9	
Buchstabe b	66,47	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	63,69
Nr. 9	61,36	von zwei Jahren	127,38
Nummer 6 Abs. 1			
Buchstabe a	460,16		
Buchstabe b	368,13		
Buchstabe c	264,50		
Nummer 6 a	102,26		

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	102,26
Buchstabe b	204,52
Buchstabe c	153,39
Abs. 2	
Buchstabe a	40,60
Buchstabe b	51,13
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	63,69
von zwei Jahren	127,38
Nummer 12	95,53
Nummer 13a	bis zu 76,69
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,76
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,60
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	50,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	219,01
Nummer 21	183,74
Nummer 25	38,35
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte des mittleren Dienstes	17,05
des gehobenen Dienstes	38,35

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vmhundert, Bruchteil	
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa	16,96	
Doppelbuchstabe bb	60,34	
Buchstabe b	73,74	
Buchstabe c	73,74	
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb	49,41	
Buchstabe b und c	73,74	
Nummer 30	23,01	
Besoldungsgruppen	Fußnote	
A 2	1	31,67
	2	17,73
	3	58,42
A 3	1, 5	58,42
	2	31,67
	7	29,51
A 4	1, 4	58,42
	2	31,67
	5	6,35
A 5	3	31,67
	4, 6	58,42
A 6	6	31,67
A 7	2	39,32
	5	50 v. H. des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
A 8	2	50,67
A 9	2, 3, 6	235,80
	7	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9
A 12	7, 8	136,99
A 13	6	109,54
	7	164,29
	11, 12, 13	239,63
A 14	5	164,29
A 15	7	164,29
B 10	1	379,64

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	
Bundesbesoldungsordnung R		
Vorbemerkungen		
Nummer 2		
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	
a) bei Verwendung		
bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung		
bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		
		38,35
Besoldungs- gruppen		
	F u ß n o t e	
R 1	1, 2	181,64
R 2	3 bis 8, 10	181,64
R 3	3	181,64
R 8	2	353,21

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anhang zu § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 19

Amtezzulagen, Stellenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Landesbesoldungsordnung (LBesO)	Dem Grund nach geregelt in		
		Besoldungsgruppe	Fußnote	Betrag in Euro
1. Amtezzulagen	LBesO A	A 10	2	249,56
		A 11	5	249,56
		A 12	2	164,29
			6	164,29
		A 13	1	109,53
			2	164,29
			3	273,77
		A 14	1	164,29
			2	191,64
			1	273,77
2. Stellenzulagen	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)	A 15 (kw)	2	303,74
			3	164,29
			1	164,29
	LBesO A (künftig wegfallende Ämter)	A 10 (kw)	1	36,59
	LBesO B	B 7	1	85,75

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 20
(ehemals Anlage Via des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	904,01	1.066,88	1.231,94	1.395,91	1.560,97	1.726,02	1.888,91	2.055,06	2.216,85	2.382,44	2.546,97	2.710,38
A 9	1.063,06	1.239,60	1.415,03	1.591,56	1.769,20	1.945,20	2.121,74	2.298,81	2.474,81	2.651,36	2.827,35	3.003,88
A 10	1.199,69	1.384,97	1.567,53	1.751,17	1.934,26	2.118,46	2.301,94	2.484,65	2.667,19	2.850,30	3.034,48	3.217,99
A 11	1.306,28	1.498,66	1.689,40	1.880,71	2.071,99	2.262,75	2.454,59	2.645,88	2.837,72	3.028,47	3.219,77	3.410,52
A 12	1.454,40	1.657,16	1.859,38	2.062,71	2.264,93	2.468,80	2.671,02	2.874,34	3.076,56	3.279,89	3.483,20	3.685,98
A 13 und C 1	1.599,24	1.810,75	2.020,62	2.231,59	2.442,01	2.653,00	2.863,97	3.074,39	3.285,91	3.495,77	3.707,30	3.917,72
A 14	1.746,80	1.964,87	2.182,95	2.401,58	2.619,65	2.838,26	3.056,35	3.273,88	3.491,95	3.710,58	3.928,10	4.145,64
A 15, C 2 und R 1	1.951,76	2.187,32	2.422,90	2.658,44	2.894,02	3.130,13	3.365,15	3.601,81	3.837,38	4.073,49	4.309,06	4.544,62
A 16 bis B 2												
C 3 und R 2	2.062,15	2.309,75	2.557,34	2.804,39	3.053,06	3.299,57	3.547,15	3.794,75	4.042,33	4.290,48	4.537,53	4.784,57
B 3, B 4, C 4												
R 3 und R 4	2.062,15	2.318,50	2.577,56	2.836,63	3.095,71	3.355,86	3.614,93	3.874,55	4.133,60	4.393,23	4.652,30	4.911,37
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.270,95	2.558,43	2.845,93	3.132,88	3.420,35	3.707,84	3.994,79	4.281,73	4.569,77	4.856,16	5.143,10	5.431,69
B 8 und höher, R 8 und höher	2.432,74	2.757,38	3.080,95	3.405,60	3.729,71	4.054,37	4.379,56	4.703,67	5.028,34	5.352,43	5.677,09	6.001,20

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAppG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 21
(ehemals Anlage V1b des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	769,01	907,27	1.046,64	1.186,57	1.327,59	1.466,96	1.605,79	1.746,26	1.884,52	2.025,53	2.164,91	2.303,74
A 9	902,91	1.053,76	1.202,43	1.352,74	1.504,67	1.653,88	1.804,18	1.954,49	2.103,70	2.254,00	2.403,21	2.552,42
A 10	1.019,88	1.177,84	1.333,06	1.488,82	1.645,14	1.800,37	1.956,67	2.112,44	2.266,57	2.422,90	2.579,75	2.734,96
A 11	1.110,61	1.273,47	1.435,80	1.598,68	1.761,55	1.924,43	2.086,75	2.249,63	2.411,42	2.573,74	2.737,17	2.898,40
A 12	1.235,22	1.408,49	1.580,63	1.752,80	1.926,07	2.098,23	2.269,86	2.442,56	2.615,81	2.787,99	2.960,70	3.132,88
A 13 und C 1	1.359,83	1.539,10	1.717,28	1.897,09	2.075,83	2.255,10	2.434,36	2.613,09	2.793,46	2.971,63	3.150,91	3.330,17
A 14	1.485,00	1.670,29	1.855,01	2.041,95	2.226,67	2.411,96	2.596,69	2.782,53	2.968,36	3.153,64	3.338,92	3.523,65
A 15, C 2 und R 1	1.658,80	1.858,63	2.058,69	2.260,01	2.461,15	2.660,09	2.860,13	3.061,81	3.262,41	3.462,44	3.662,49	3.863,61
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2 B 3, B 4,	1.752,27	1.962,69	2.173,11	2.384,09	2.593,97	2.804,39	3.015,36	3.225,23	3.436,21	3.647,72	3.857,07	4.067,47
C 4,												
R 3 und R 4 B 5 bis B 7,	1.752,27	1.970,89	2.191,16	2.411,42	2.631,13	2.851,94	3.072,74	3.293,01	3.513,26	3.733,53	3.953,79	4.174,07
R 5 bis R 7 B 8 und höher, R 8 und höher	1.930,98	2.174,20	2.418,51	2.662,83	2.907,14	3.151,45	3.395,76	3.640,07	3.883,84	4.128,69	4.371,90	4.616,78
	2.067,64	2.343,65	2.619,65	2.895,11	3.171,67	3.446,05	3.722,06	3.997,52	4.273,52	4.548,99	4.825,00	5.101,03

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 22
(ehemals Anlage Vtc des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	633,46	746,60	863,01	977,25	1.093,11	1.207,89	1.322,67	1.438,53	1.552,22	1.668,08	1.782,87	1.897,65
A 9	743,88	866,83	990,36	1.113,34	1.239,05	1.362,02	1.485,54	1.609,07	1.732,59	1.855,01	1.979,09	2.102,62
A 10	840,61	969,59	1.097,47	1.226,48	1.354,37	1.483,37	1.611,25	1.739,14	1.868,14	1.995,48	2.123,38	2.252,91
A 11	914,93	1.048,31	1.182,76	1.316,65	1.451,10	1.583,92	1.717,83	1.851,73	1.986,18	2.119,00	2.254,00	2.387,36
A 12	1.017,70	1.159,79	1.301,36	1.444,55	1.585,55	1.727,57	1.870,32	2.011,33	2.153,44	2.295,09	2.438,19	2.580,84
A 13 und C 1	1.119,35	1.266,92	1.413,94	1.561,52	1.709,63	1.856,65	2.004,23	2.151,80	2.299,92	2.446,93	2.595,05	2.742,08
A 14	1.223,19	1.375,68	1.527,62	1.680,11	1.834,25	1.986,74	2.139,22	2.291,71	2.444,20	2.596,69	2.749,19	2.902,23
A 15, C 2 und R 1	1.365,85	1.530,37	1.695,98	1.861,57	2.026,10	2.191,69	2.356,22	2.521,28	2.686,34	2.851,40	3.016,45	3.180,96
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.443,46	1.616,72	1.789,43	1.962,69	2.137,04	2.310,30	2.482,46	2.656,27	2.829,53	3.003,68	3.176,58	3.349,32
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.443,46	1.622,17	1.804,18	1.985,64	2.167,10	2.349,65	2.530,01	2.710,92	2.892,93	3.074,93	3.255,84	3.437,85
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.569,94	1.790,52	1.992,20	2.193,34	2.393,92	2.595,05	2.796,72	2.997,32	3.199,01	3.399,04	3.600,73	3.802,39
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.702,52	1.929,89	2.156,72	2.384,09	2.611,46	2.838,82	3.065,64	3.293,01	3.519,28	3.746,66	3.974,01	4.200,83

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 23
(ehemals Anlage VId des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	443,27	523,05	603,42	684,29	765,18	845,53	925,33	1.007,30	1.086,02	1.168,00	1.247,78	1.328,68
A 9	520,32	606,67	693,04	779,38	866,83	953,19	1.040,10	1.126,46	1.212,27	1.298,63	1.386,07	1.470,79
A 10	588,94	678,81	768,48	858,10	948,28	1.038,46	1.128,65	1.218,27	1.307,37	1.396,46	1.486,62	1.576,28
A 11	639,47	734,58	827,49	921,51	1.014,97	1.108,96	1.202,43	1.296,43	1.390,44	1.483,91	1.577,37	1.670,83
A 12	712,16	811,64	912,20	1.010,59	1.110,05	1.208,98	1.309,00	1.408,49	1.507,96	1.606,89	1.706,34	1.805,83
A 13 und C 1	783,22	886,52	989,82	1.093,66	1.196,42	1.299,72	1.403,57	1.506,86	1.610,16	1.713,45	1.816,76	1.920,06
A 14	856,45	963,04	1.069,61	1.177,28	1.283,87	1.391,00	1.497,66	1.604,15	1.710,73	1.817,86	1.924,98	2.031,54
A 15, C 2 und R 1	956,47	1.071,80	1.187,12	1.302,46	1.417,77	1.532,54	1.649,51	1.765,38	1.880,15	1.996,03	2.111,35	2.227,21
A 16 bis B 2.												
C 3 und R 2	1.010,59	1.131,92	1.252,71	1.373,50	1.495,94	1.616,72	1.738,05	1.859,38	1.981,27	2.102,62	2.223,40	2.344,19
B 3, B 4, C 4.												
R 3 und R 4	1.010,59	1.135,74	1.263,10	1.390,44	1.516,69	1.643,49	1.771,95	1.898,19	2.025,53	2.151,80	2.280,24	2.407,05
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.112,80	1.253,26	1.394,27	1.535,28	1.675,75	1.816,76	1.957,76	2.098,23	2.239,24	2.379,70	2.520,72	2.660,64
B 8 und hÖ- her, R 8 und höher	1.192,04	1.350,54	1.510,14	1.668,63	1.827,69	1.986,74	2.145,78	2.304,29	2.464,44	2.622,38	2.781,43	2.941,03

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerIBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 24
(ehemals Anlage Vle des BBesG)

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	538,36	634,55	733,48	830,21	928,59	1.026,44	1.124,82	1.223,19	1.319,40	1.417,77	1.515,05	1.613,43
A 9	632,36	737,30	842,24	947,19	1.053,22	1.157,06	1.263,10	1.367,49	1.472,43	1.577,37	1.681,76	1.786,70
A 10	713,80	823,66	932,42	1.042,29	1.151,05	1.260,91	1.369,43	1.478,44	1.586,65	1.695,98	1.805,83	1.914,60
A 11	777,21	891,43	1.005,67	1.119,35	1.232,49	1.346,17	1.460,94	1.574,08	1.688,32	1.802,01	1.915,69	2.029,38
A 12	865,20	985,99	1.106,78	1.227,03	1.347,25	1.468,05	1.589,40	1.709,63	1.831,52	1.951,76	2.071,99	2.193,34
A 13 und C 1	951,56	1.077,27	1.201,88	1.328,15	1.453,29	1.577,90	1.703,62	1.829,32	1.955,04	2.080,20	2.205,91	2.331,06
A 14	1.039,56	1.170,18	1.298,63	1.428,71	1.558,23	1.688,86	1.817,86	1.947,37	2.077,47	2.207,94	2.336,53	2.467,70
A 15, C 2 und R 1	1.160,88	1.300,79	1.441,26	1.581,74	1.722,76	1.862,66	2.002,59	2.143,06	2.283,53	2.423,44	2.563,90	2.703,82
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.227,03	1.373,50	1.521,62	1.668,63	1.816,21	1.963,23	2.110,80	2.257,84	2.405,40	2.552,42	2.700,00	2.847,02
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.227,03	1.379,51	1.532,54	1.688,32	1.841,89	1.997,11	2.150,70	2.304,83	2.460,05	2.613,55	2.767,77	2.921,90
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.351,08	1.522,17	1.693,24	1.864,32	2.034,30	2.206,45	2.376,98	2.548,05	2.718,02	2.889,66	3.060,71	3.231,78
B 8 und ho- her, R 8 und höher	1.448,37	1.640,22	1.834,25	2.026,63	2.219,57	2.412,50	2.605,98	2.798,92	2.990,76	3.184,26	3.377,17	3.571,20

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAmpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 25
(ehemals Anlage VI f des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 6)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.001,85	1.171,82	1.340,17	1.510,69	1.677,38	1.847,37	2.017,35	2.187,32	2.356,22	2.524,55	2.693,43	2.863,97
A 9	1.173,45	1.354,37	1.537,46	1.717,28	1.898,76	2.079,66	2.260,56	2.443,10	2.624,02	2.804,93	2.987,48	3.168,94
A 10	1.327,04	1.515,60	1.703,62	1.891,08	2.079,10	2.267,68	2.455,66	2.644,24	2.833,35	3.020,28	3.208,84	3.397,41
A 11	1.444,55	1.641,31	1.839,17	2.035,92	2.233,78	2.431,63	2.628,40	2.825,70	3.023,55	3.220,87	3.418,71	3.615,49
A 12	1.605,79	1.814,57	2.022,80	2.231,05	2.439,29	2.647,52	2.855,76	3.064,54	3.272,79	3.481,02	3.689,26	3.897,49
A 13 und C 1	1.766,47	1.984,00	2.200,98	2.418,51	2.636,59	2.853,04	3.070,56	3.288,63	3.506,71	3.723,15	3.940,67	4.159,29
A 14	1.928,80	2.152,90	2.378,07	2.602,71	2.827,88	3.053,62	3.277,70	3.502,35	3.726,43	3.951,60	4.175,70	4.401,98
A 15, C 2 und R 1	2.155,63	2.400,48	2.644,79	2.889,10	3.132,88	3.377,17	3.622,04	3.866,35	4.110,67	4.354,42	4.597,64	4.843,59
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	2.286,25	2.542,04	2.798,92	3.055,79	3.310,50	3.566,84	3.822,07	4.078,96	4.334,75	4.590,53	4.847,43	5.103,21
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4, B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.286,79	2.556,25	2.825,15	3.094,06	3.362,98	3.631,87	3.901,32	4.170,23	4.439,14	4.708,05	4.977,51	5.245,86
B 8 und In- her, R 8 und höher	2.549,70	2.845,38	3.140,51	3.436,76	3.732,43	4.028,12	4.323,81	4.620,05	4.915,19	5.211,42	5.507,11	5.803,36
	2.749,73	3.083,68	3.418,16	3.752,66	4.086,62	4.420,01	4.755,05	5.088,46	5.422,40	5.757,43		

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVerfG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 26
(ehemals Anlage Vlg des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	860,28	1.002,38	1.146,67	1.289,33	1.433,08	1.577,37	1.720,02	1.864,32	2.008,05	2.150,15	2.294,99	2.436,56
A 9	1.004,57	1.157,06	1.314,49	1.467,52	1.621,08	1.775,23	1.928,80	2.081,84	2.235,97	2.390,64	2.544,22	2.698,35
A 10	1.136,29	1.298,07	1.458,22	1.620,00	1.780,68	1.940,29	2.101,51	2.261,10	2.423,44	2.583,57	2.743,72	2.905,49
A 11	1.239,60	1.407,40	1.575,18	1.743,52	1.911,31	2.079,66	2.247,45	2.416,33	2.584,13	2.751,92	2.920,25	3.088,59
A 12	1.378,97	1.554,96	1.732,03	1.908,58	2.085,66	2.261,66	2.438,74	2.615,81	2.792,90	2.968,90	3.145,44	3.321,97
A 13 und C 1	1.517,25	1.701,98	1.886,17	2.070,90	2.256,19	2.440,38	2.624,58	2.808,75	2.994,59	3.178,77	3.362,98	3.547,71
A 14	1.655,52	1.845,17	2.035,92	2.227,21	2.417,98	2.608,73	2.799,46	2.989,12	3.180,42	3.371,71	3.561,91	3.753,21
A 15, C 2 und R 1	1.851,20	2.058,34	2.264,93	2.472,62	2.680,32	2.887,47	3.094,06	3.300,66	3.508,89	3.716,05	3.923,18	4.129,78
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.963,78	2.181,32	2.398,29	2.615,81	2.832,81	3.050,34	3.266,77	3.484,30	3.701,29	3.918,83	4.135,81	4.352,79
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.968,69	2.196,61	2.425,07	2.653,53	2.881,45	3.109,91	3.338,38	3.566,84	3.794,75	4.023,76	4.252,21	4.479,60
B 5 bis B 7,												
R 5 bis R 7	2.195,52	2.446,39	2.698,90	2.949,76	3.201,74	3.452,06	3.703,47	3.954,89	4.206,84	4.458,27	4.709,14	4.961,11
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.371,52	2.654,62	2.939,38	3.221,96	3.506,71	3.789,83	4.073,49	4.357,15	4.640,81	4.923,94		

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBVAnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 27
(ehemals Anlage Vlh des BBesG)Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	719,82	836,04	951,98	1.070,10	1.187,12	1.304,16	1.421,70	1.539,28	1.657,39	1.774,42	1.891,45	2.009,02
A 9	842,24	969,59	1.097,47	1.223,19	1.351,08	1.478,98	1.606,32	1.735,32	1.863,22	1.990,57	2.118,46	2.246,36
A 10	952,65	1.083,27	1.215,54	1.345,08	1.476,79	1.607,98	1.739,70	1.871,40	2.002,03	2.134,30	2.263,83	2.395,02
A 11	1.037,37	1.177,28	1.315,56	1.454,40	1.593,76	1.732,03	1.871,40	2.009,14	2.148,51	2.287,35	2.426,17	2.565,54
A 12	1.152,68	1.299,16	1.446,19	1.592,12	1.738,05	1.883,98	2.030,45	2.175,83	2.323,41	2.469,39	2.615,81	2.761,20
A 13 und C 1	1.270,20	1.419,96	1.571,90	1.723,29	1.874,69	2.024,99	2.175,29	2.327,23	2.478,10	2.628,93	2.780,34	2.931,19
A 14	1.387,17	1.544,03	1.699,80	1.855,57	2.012,43	2.169,29	2.326,14	2.481,92	2.639,33	2.795,19	2.951,96	3.108,82
A 15, C 2 und R 1	1.550,59	1.722,20	1.892,73	2.063,82	2.234,87	2.406,49	2.577,56	2.748,63	2.919,71	3.090,78	3.262,94	3.433,48
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.646,24	1.825,50	2.004,23	2.184,60	2.363,32	2.542,59	2.722,94	2.901,66	3.080,95	3.259,67	3.440,58	3.619,85
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.550,60	1.839,17	2.027,19	2.215,20	2.403,75	2.591,78	2.780,34	2.968,36	3.156,91	3.344,93	3.534,03	3.721,52
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.844,63	2.051,78	2.257,84	2.464,98	2.671,02	2.877,63	3.083,68	3.290,82	3.496,87	3.702,92	3.910,08	4.116,13
B 8 und hB- her, R 8 und hBher	1.995,48	2.229,41	2.464,98	2.699,45	2.933,37	3.168,40	3.402,86	3.636,23	3.871,81	4.106,83		

Anhang zu § 2 Absatz 4 BerlBV/AnpG 2010/2011

Gültig ab 1. August 2011

Anlage 28
(ehemals Anlage VII des BBesG)

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)**

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2				
	Stufe des Auslandszuschlages																
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12					
A 2 bis A 16																	
B 1 bis B 11	130,63	149,76	169,43	187,46	207,69	226,83	245,40	264,54	283,66	303,34	322,47	339,96	130,63				

Gesetz
zur Änderung der Bauordnung für Berlin und
des Denkmalschutzgesetzes Berlin

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung der Bauordnung für Berlin

Die Bauordnung für Berlin vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), die zuletzt durch Artikel XVII des Gesetzes vom 18. November 2009 (GVBl. S. 674) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu § 46 wird wie folgt gefasst:
 „§ 46 Aufbewahrung fester Abfallstoffe, Abfallschächte“
 - b) Nach der Angabe zu § 64 wird folgende Angabe eingefügt:
 „§ 64a Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren für Werbeanlagen“
2. § 10 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:
 „Baugerüste dürfen für Werbeanlagen höchstens für die Dauer von sechs Monaten genutzt werden; dies gilt nicht für Werbeanlagen nach § 62 Absatz 1 Nummer 11 Buchstabe a und b.“
 - b) Absatz 3 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 5 Satz 3 wird wie folgt gefasst:
 „Auf öffentlichen Straßen und im unmittelbaren Bereich von Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs sind auch andere Werbeanlagen zulässig, soweit diese die Eigenart des Gebietes und das Orts- oder Landschaftsbild nicht beeinträchtigen.“
3. § 20 Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 „Mit Zustimmung der für das Bauwesen zuständigen Senatsverwaltung dürfen im Einzelfall
 1. Bauprodukte, die ausschließlich nach dem Bauproduktengesetz in Verkehr gebracht und gehandelt werden dürfen, dessen Anforderungen jedoch nicht erfüllen,
 2. Bauprodukte, die nach sonstigen Vorschriften zur Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union oder auf der Grundlage von unmittelbar geltendem Recht der Europäischen Union in Verkehr gebracht und gehandelt werden dürfen, hinsichtlich der nicht berücksichtigten wesentlichen Anforderungen im Sinne des § 17 Absatz 7 Nummer 2,
 3. nicht geregelte Bauprodukte
 verwendet werden, wenn ihre Verwendbarkeit im Sinne des § 3 Absatz 2 nachgewiesen ist.“
4. § 46 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
 „§ 46
 Aufbewahrung fester Abfallstoffe, Abfallschächte“
 - b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:
 „(3) Abfallschächte dürfen nicht errichtet werden. Bestehende Abfallschächte sind spätestens bis zum 31. Dezember 2013 außer Betrieb zu nehmen. Die zu ihrem Befüllen vor-
5. In § 60 Absatz 2 wird nach der Angabe „§§ 64,“ die Angabe „64a,“ eingefügt.
6. § 62 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 10 Buchstabe d wird wie folgt gefasst:
 „d) Außenwandbekleidungen und Dämmungen, ausgenommen bei Hochhäusern, Verblendungen und Verputz baulicher Anlagen;“
 - b) Nummer 11 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Buchstaben a und c werden aufgehoben.
 - bb) Die Buchstaben b und d werden die Buchstaben a und b.
 - cc) In dem neuen Buchstaben b wird die Angabe „10 m“ durch die Wörter „3 m über der Geländeoberfläche“ ersetzt.
 - dd) Die Buchstaben e und f werden die Buchstaben c und d.
 - c) In Nummer 12 Buchstabe b werden die Wörter „der Regelausführung“ gestrichen.
7. Dem § 63 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
 „Satz 1 gilt nicht für Werbeanlagen.“
8. Nach § 64 wird folgender § 64a eingefügt:
 „§ 64a
 Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren für Werbeanlagen
 Bei Werbeanlagen, die nicht gemäß § 62 Absatz 1 Nummer 11 verkehrsfrei gestellt sind, werden geprüft
 1. die Übereinstimmung mit den Vorschriften über die Zulässigkeit der baulichen Anlagen nach den §§ 29 bis 38 des Baugesetzbuchs,
 2. die Einhaltung der Regelungen in Gestaltungsverordnungen,
 3. die Übereinstimmung mit den Anforderungen gemäß den §§ 6, 9 Absatz 1 und 2, §§ 10 und 16 Absatz 2 sowie beantragte und erforderliche Abweichungen im Sinne des § 68 Absatz 1 und 2 Satz 2 und
 4. andere öffentlich-rechtliche Anforderungen, soweit wegen der Baugenehmigung eine Entscheidung nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften entfällt oder ersetzt wird.
 § 67 bleibt unberührt.“
9. In § 65 Satz 1 wird die Angabe „§ 64“ durch die Angabe „die §§ 64, 64a“ ersetzt.
10. § 70 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
 „(4) Im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 64 und im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren für Werbeanlagen nach § 64a sind die nach Absatz 1 Satz 3 fehlenden Unterlagen und Mängel abschließend zu benennen. Ein Bauantrag gilt in den Verfahren nach Satz 1 nach Ablauf von drei Wochen nach dessen Eingang als vollständig, wenn die Bauaufsichtsbehörde der Bauherrin oder dem Bauherrn entgegen Absatz 1 Satz 2 die Vollständigkeit des Bauantrags nicht bestätigt oder sie oder ihn entgegen Absatz 1 Satz 3 nicht zur Behebung von Mängeln des Bauantrags auffordert; Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt. Ist in

gesehenen Öffnungen sind bis zu diesem Zeitpunkt dauerhaft zu verschließen.“

den Verfahren nach Satz 1 nicht innerhalb einer Frist nach Absatz 3 Satz 1 entschieden worden, gilt die Baugenehmigung als erteilt; dies gilt im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren nach § 64 nicht, wenn die Bauherrin oder der Bauherr schriftlich auf diese Rechtsfolge verzichtet hat. Im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren für Werbeanlagen nach § 64a tritt bei Werbeanlagen, die an Baugerüsten angebracht werden, die Genehmigungsfiktion nicht ein oder endet diese, wenn die Dauer von sechs Monaten gemäß § 10 Absatz 2 Satz 4 erreicht ist. Der Eintritt der Genehmigungsfiktion nach Satz 3 ist auf Antrag der Bauherrin oder dem Bauherrn schriftlich zu bestätigen.“

Artikel II

Änderung des Denkmalschutzgesetzes Berlin

§ 11 Absatz 3 des Denkmalschutzgesetzes Berlin vom 24. April 1995 (GVBl. S. 274), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 14. Dezember 2005 (GVBl. S. 754) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„(3) Bei Werbeanlagen sind entgegenstehende Gründe des Denkmalschutzes gemäß Absatz 1 Satz 3 oder eine wesentliche Beeinträchtigung gemäß Absatz 2 Satz 2 nicht anzunehmen, wenn sie für höchstens sechs Monate angebracht werden und der Werbeinhalt vorrangig im öffentlichen Interesse liegende Ziele verfolgt.“

Artikel III

Inkrafttreten, Übergangsregelung

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft. Die vor dem Inkrafttreten die-

ses Gesetzes eingeleiteten Verfahren sind nach den bis zum Inkrafttreten geltenden Vorschriften fortzuführen; die Vorschriften dieses Gesetzes sind jedoch anzuwenden, soweit diese für die Bauherrin oder den Bauherrn günstiger sind. Für Vorhaben im Bereich der Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“ gemäß der Verordnung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs und der zugehörigen Anpassungsgebiete zur Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“ vom 17. Juni 1993 (GVBl. S. 268), die zuletzt durch Artikel I der Verordnung vom 22. Juni 1999 (GVBl. S. 346) geändert worden ist, für die das Land Berlin oder der jeweilige Entwicklungsträger Baukonzessionen im Sinne des § 99 Absatz 6 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114, 2009 I S. 3850), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 21 des Gesetzes vom 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102) geändert worden ist, bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes erteilt haben, gilt § 10 Absatz 2 der Bauordnung für Berlin in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

**Erstes Gesetz
zur Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes**

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Änderung des Straßenausbaubeitragsgesetzes

Das Straßenausbaubeitragsgesetz vom 16. März 2006 (GVBl. S. 265) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Plätzen“ die Wörter „oder deren Teilstrecken“ eingefügt.
 - b) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Teilstrecken im Sinne des Satzes 1 sind selbstständig nutzbare und hinreichend deutlich, insbesondere durch Kreuzungen, Bezirksgrenzen oder Grenzen von Baugebieten, abgrenzbare, über 200 m lange Straßen- und Wegestrecken, in denen Ausbaumaßnahmen ausgeführt werden, wenn sich die Vorteile der Inanspruchnahmefähigkeit im Wesentlichen auf diese Strecken begrenzen.“
2. § 4 Absatz 1 Nummer 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe f wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
 - b) Buchstabe g wird aufgehoben.
 - c) Buchstabe h wird Buchstabe g.
3. In § 8 Absatz 4 wird die Tabelle wie folgt geändert:
 - a) Buchstabe e wird aufgehoben.
 - b) Buchstabe f wird Buchstabe e.
4. In § 9 Absatz 2 und § 10 Absatz 2 wird die Tabelle jeweils wie folgt geändert:
 - a) Buchstabe g wird aufgehoben.
 - b) Buchstabe h wird Buchstabe g.
5. In § 11 Absatz 2 wird die Tabelle wie folgt geändert:
 - a) Buchstabe c wird aufgehoben.
 - b) Buchstabe d wird Buchstabe c.

Artikel II

Inkrafttreten

(1) Artikel I Nummer 2 bis 5 tritt mit Wirkung vom 25. März 2006 in Kraft.

(2) Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz

Vom 8. Juli 2010

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Tariftreue und Mindestentlohnung

(1) Aufträge von Berliner Vergabestellen im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2114; 2009 I S. 3850), das zuletzt durch Artikel 13 Absatz 21 des Gesetzes vom 25. Mai 2009 (BGBl. I S. 1102) geändert worden ist, werden an fachkundige, leistungsfähige, zuverlässige und gesetzestreue Unternehmen vergeben.

(2) Aufträge für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) unterfällt, werden nur an Unternehmen vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung mindestens diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die der nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz einzuhaltende Tarifvertrag vorgibt. Satz 1 gilt entsprechend für andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte.

(3) Bei der Vergabe von Leistungen über öffentliche Personenverkehrsleistungen müssen die bietenden Unternehmen erklären, dass sie ihre Arbeitskräfte bei der Ausführung dieser Leistungen mindestens nach den hierfür jeweils geltenden Entgelttarifen entlohnen. Der öffentliche Auftraggeber bestimmt in der Bekanntmachung der Ausschreibung und in den Vergabeunterlagen den oder die einschlägigen Tarifverträge nach Satz 1 nach billigem Ermessen. Außerdem sind insbesondere die Regelungen der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsleistungen auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3. Dezember 2007, S. 1) zu beachten.

(4) Unbeschadet etwaiger weitergehender Anforderungen nach den Absätzen 2 und 3 werden Aufträge an Unternehmen mit Sitz im Inland in jedem Fall nur vergeben, wenn diese sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens ein Stundenentgelt von 7,50 Euro zu bezahlen. Satz 1 gilt auch für die Vergabe von Aufträgen an Unternehmen mit Sitz im Ausland.

(5) Bei der Vergabe länderübergreifender Leistungen ist von der Vergabestelle vor Beginn des Vergabeverfahrens eine Einigung mit den beteiligten weiteren Vergabestellen anderer Länder über die Anforderungen nach den Absätzen 3 und 4 anzustreben. Kommt eine solche Einigung nicht zustande, so kann von den Absätzen 3 und 4 abgewichen werden.

(6) Wird bei einer Auftragsvergabe eine Erklärung nach den Absätzen 2, 3 und 4 gefordert, so muss der Anbieter sich jeweils auch dazu verpflichten, dass er von einem von ihm beauftragten Nachunternehmer oder von einem von ihm oder einem Nachunternehmer beauftragten Verleiher verlangt, seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen zu gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Diese Verpflichtung erstreckt sich auf alle an der Auftragserfüllung beteiligten Unternehmen. Der jeweils einen Auftrag weiter Vergebende hat die jeweilige schriftliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die jeweils beteiligten Nachunternehmer oder Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen. Bei Beschaffungen bis zu einem Auftragswert von

500 Euro kann auf die Erklärungen nach den Absätzen 2 und 4 verzichtet werden.

(7) Für die Auftragsausführung können bei allen Aufträgen zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem konkreten Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Insbesondere kann bei personalintensiven Aufträgen, bei denen die Qualität der Leistungserbringung und die Qualifikation des Personals entscheidend sind, eine angemessene Bezahlung des einzusetzenden Personals, die sich an den örtlichen Tarifen orientieren soll, verlangt werden.

§ 2

Ermächtigung

Der Senat wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Anpassungen der Höhe des nach § 1 Absatz 4 zu zahlenden Entgelts vorzunehmen, soweit es wegen veränderter wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse notwendig ist.

§ 3

Wertung unangemessen niedriger Angebote

Bei begründeten Zweifeln an der Angemessenheit des Angebots kann die Vergabestelle sich dazu von dem Bieter die Kalkulationsunterlagen vorlegen lassen. Begründete Zweifel im Sinne von Satz 1 können insbesondere dann vorliegen, wenn der angebotene Preis mindestens zehn Prozent unter dem nächsthöheren Angebot oder dem Schätzwert der Vergabestelle liegt. Kommt der Bieter innerhalb der von der Vergabestelle festgelegten Frist dieser Vorlagepflicht nicht nach, so ist er von dem weiteren Verfahren ausgeschlossen.

§ 4

Nachweise

(1) Die Vergabestellen können von dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, für den Fall, dass dieser keine gültige Bescheinigung aus dem Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis oder dem Präqualifikationsverzeichnis vorlegt, durch Unterlagen, die nicht älter als sechs Monate sein dürfen, den Nachweis der vollständigen Entrichtung von Beiträgen fordern. Die Unterlagen müssen ausgestellt sein von dem zuständigen in- oder ausländischen Sozialversicherungsträger, der zuständigen in- oder ausländischen Sozialkasse, soweit der Betrieb des Bieters Bauaufträge im Sinne des § 99 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausführt und von dem Geltungsbereich eines Tarifvertrages über eine gemeinsame Einrichtung der Tarifvertragsparteien erfasst wird. Die Angaben zu Satz 1 können durch eine Bescheinigung des ausländischen Staates nachgewiesen werden. Bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

(2) Soll die Ausführung eines Teils des Auftrages einem Nachunternehmer übertragen werden, so kann die Vergabestelle bei der Auftragserteilung auch die auf den Nachunternehmer lautenden Nachweise gemäß Absatz 1 fordern.

§ 5

Kontrolle

(1) Die öffentlichen Auftraggeber führen stichprobenartig Kontrollen durch, um die Einhaltung der in § 1 Absatz 2 bis 4 und 6, §§ 4

und 7, § 8 Absatz 2 und 3 und § 9 vorgesehenen Auflagen und Pflichten zu überprüfen. Der Senat richtet dazu eine zentrale Kontrollgruppe ein. Die kontrollierenden Personen dürfen zu Kontrollzwecken Einblick in die Entgeltabrechnungen der ausführenden Unternehmen, in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen an in- und ausländische Sozialversicherungsträger, in die Unterlagen über die Abführung von Beiträgen an in- und ausländische Sozialkassen des Baugewerbes und in die zwischen den ausführenden Unternehmen abgeschlossenen Verträge nehmen. Die ausführenden Unternehmen haben ihre Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen und ihre schriftliche Zustimmung einzuholen.

(2) Die ausführenden Unternehmen haben vollständige und prüf-fähige Unterlagen zur Prüfung nach Absatz 1 bereitzuhalten und auf Verlangen dem öffentlichen Auftraggeber vorzulegen.

§ 6

Sanktionen

(1) Um die Einhaltung der aus § 1 Absatz 2 bis 4 und 6, §§ 4 und 7, § 8 Absatz 2 und 3 und § 9 resultierenden Verpflichtungen des Auftragnehmers zu sichern, ist zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß regelmäßig eine Vertragsstrafe in Höhe von einem Prozent, bei mehreren Verstößen zusammen bis zur Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme zu vereinbaren. Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe nach Satz 1 auch für den Fall zu verpflichten, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Nachunternehmer oder einen von diesem eingesetzten Nachunternehmer begangen wird.

(2) Die Auftraggeber haben mit dem Auftragnehmer zu vereinbaren, dass die schuldhaftige Nichterfüllung der aus § 1 Absatz 2 bis 4 und 6, §§ 4 und 7, § 8 Absatz 2 und 3 und § 9 resultierenden Anforderungen durch den Auftragnehmer oder seine Nachunternehmer den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung berechtigen.

(3) Von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen öffentlichen Auftrag sowie als Nachunternehmer sollen alle Unternehmen bis zu einer Dauer von drei Jahren ausgeschlossen werden, die gegen die in § 1 Absatz 2 bis 4 und 6, §§ 4 und 7, § 8 Absatz 2 und 3 und § 9 geregelten Pflichten und Auflagen verstoßen.

§ 7

Umweltverträgliche Beschaffung

(1) Auftraggeber sind verpflichtet, bei der Vergabe von Aufträgen ökologische Kriterien zu berücksichtigen. Bei der Festlegung der Leistungsanforderungen soll umweltfreundlichen und energieeffizienten Produkten, Materialien und Verfahren der Vorzug gegeben werden. Auftraggeber haben im Rahmen von Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträgen dafür Sorge zu tragen, dass bei der Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Gütern sowie durch die Ausführung der Leistung bewirkte negative Umweltauswirkungen möglichst vermieden werden. Dies umfasst das Recht und die Pflicht, bei der Bedarfsermittlung, der Leistungsbeschreibung und der Zuschlagserteilung Anforderungen im Sinne der Sätze 1 bis 3 aufzustellen und angemessen zu berücksichtigen sowie für die Auftragsausführung ergänzende Verpflichtungen auszusprechen.

(2) Bei der Wertung der Wirtschaftlichkeit der Angebote im Sinne von § 97 Absatz 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind auch die vollständigen Lebenszykluskosten des Produkts oder der Dienstleistung zu berücksichtigen.

(3) Der Senat wird nach Vorlage durch die für Umwelt zuständige Senatsverwaltung in Abstimmung mit der für das Vergabewesen zuständigen Senatsverwaltung ermächtigt, die Anforderungen nach den Absätzen 1 und 2 durch Verwaltungsvorschriften für Liefer-, Bau- und Dienstleistungsaufträge zu konkretisieren und verbindliche Regeln aufzustellen, auf welche Weise die Anforderungen im Rahmen der Leistungsbeschreibung, der Zuschlagserteilung und der ergänzenden Verpflichtungen zur Ausführung zu berücksichtigen sind. Durch Verwaltungsvorschrift soll auch bestimmt werden, in

welcher Weise die vollständigen Lebenszykluskosten eines Produkts oder einer Dienstleistung im Sinne von Absatz 2 zu ermitteln sind. Die Verwaltungsvorschriften sollen spätestens nach fünf Jahren fortgeschrieben werden.

§ 8

Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen

(1) Bei der Vergabe von Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen ist darauf hinzuwirken, dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den ILO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind. Die Mindeststandards der ILO-Kernarbeitsnormen ergeben sich aus

1. dem Übereinkommen Nr. 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit vom 28. Juni 1930 (BGBl. 1956 II S. 641),
2. dem Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes vom 9. Juli 1948 (BGBl. 1956 II S. 2073),
3. dem Übereinkommen Nr. 98 über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen vom 1. Juli 1949 (BGBl. 1955 II S. 1123),
4. dem Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit vom 29. Juni 1951 (BGBl. 1956 II S. 24),
5. dem Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit vom 25. Juni 1957 (BGBl. 1959 II S. 442),
6. dem Übereinkommen Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom 25. Juni 1958 (BGBl. 1961 II S. 98),
7. dem Übereinkommen Nr. 138 über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung vom 26. Juni 1973 (BGBl. 1976 II S. 202) und
8. dem Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit vom 17. Juni 1999 (BGBl. 2001 II S. 1291).

(2) Aufträge über Lieferleistungen dürfen in den Fällen nach Absatz 3 nur mit einer Ergänzenden Vertragsbedingung vergeben werden, die den Auftragnehmer verpflichtet, den Auftrag gemäß der Leistungsbeschreibung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gemäß Absatz 1 gewonnen oder hergestellt worden sind. Dazu sind entsprechende Nachweise von den Bietern zu verlangen. Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Waren, die im Rahmen der Erbringung von Bau- oder Dienstleistungen verwendet werden.

(3) Absatz 2 gilt nur für Waren oder Warengruppen, bei denen eine Gewinnung oder Herstellung unter Missachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gemäß Absatz 1 im Einzelfall in Betracht kommt und die von der zuständigen Senatsverwaltung in einer entsprechenden Liste aufgeführt werden. Unbeschadet der Erbringung anderer, gleichwertiger Nachweise kann die zuständige Senatsverwaltung in der Liste nach Satz 1 zusätzlich anerkannte unabhängige Nachweise oder Zertifizierungen für eine Herstellung unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen benennen, bei deren Vorlage die Erfüllung der Anforderungen nach Absatz 1 vermutet wird.

§ 9

Frauenförderung

Für Auftragsvergaben gilt § 13 des Landesgleichstellungsgesetzes in der Fassung vom 6. September 2002 (GVBl. S. 280), das zuletzt durch Gesetz vom 19. Juni 2006 (GVBl. S. 575) geändert worden ist. Bei allen Auftragsvergaben ist von den bietenden Unternehmen eine Erklärung zur Förderung von Frauen entsprechend den dazu erlassenen Regelungen in der Frauenförderverordnung vom 23. August 1999 (GVBl. S. 498), die durch Artikel III der Verordnung vom 29. Mai 2001 (GVBl. S. 165) geändert worden ist, abzugeben.

§ 10

Bevorzugte Vergabe

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen erhalten im Rahmen der geltenden vergaberechtlichen Bestimmungen bei den den Regelungen der §§ 1, 7 und 8 entsprechenden und sonst gleichwertigen Angeboten die Unternehmen bevorzugt den Zuschlag, die Ausbildungsplätze bereitstellen, sich an tariflichen Umlageverfahren zur Sicherung der beruflichen Erstausbildung oder an Ausbildungsverbänden beteiligen. Als Nachweis ist von den Unternehmen eine Bescheinigung der für die Berufsausbildung zuständigen Stellen vorzulegen. Die Regelung ist den Unternehmen in den Vergabeunterlagen bekannt zu machen. Dabei ist auf die Nachweispflicht hinzuweisen.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft. Es gilt für alle Vergabeverfahren, die ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens begonnen werden. Gleichzeitig tritt das Berliner Vergabegesetz vom 9. Juli 1999 (GVBl. S. 369), das durch Gesetz vom 19. März 2008 (GVBl. S. 80, 112) geändert worden ist, außer Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Walter M o m p e r

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus W o w e r e i t

Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung
für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst

Vom 1. Juli 2010

Auf Grund des § 22 Absatz 2 des Laufbahngesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 2003 (GVBl. S. 137, 200), das zuletzt durch Artikel II des Gesetzes vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70) geändert worden ist, wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst vom 5. Juni 2009 (GVBl. S. 283) wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Absätze 3 bis 5 erhalten folgende Fassung:

„(3) Der fahrtechnische Ausbildungsabschnitt umfasst den Erwerb der Fahrerlaubnis der Klasse C für das Führen von Kraftfahrzeugen mit einer zulässigen Gesamtmasse von mehr als 7 500 kg und eine spezielle Kraftfahrausbildung. Die spezielle Kraftfahrausbildung setzt den Erwerb der Fahrerlaubnis voraus und vermittelt die zum Führen von Einsatzfahrzeugen mit Sonderrechten erforderlichen besonderen Kenntnisse und Fertigkeiten (Erwerb der Selbstfahrgenehmigung einschließlich Sicherheitstraining).

(4) Während der feuerwehrtechnischen Wachpraktika verrichten die Nachwuchskräfte praktischen Einsatzdienst in mindestens einer Feuerwache unter Teilnahme an dem in den jeweiligen Feuerwachen geltenden Schichtdienst.

(5) Weitere Ausbildungsabschnitte sind Funktions- und Ergänzungsausbildungen, insbesondere die Ausbildung zum Maschinisten für Feuerlöschpumpen und Hubrettungsfahrzeuge, in der Informations- und Kommunikationstechnik, weitere Spezialausbildungen in der Technischen Hilfeleistung und im Umweltschutz und Ergänzungsausbildungen in Strategien zur Vermeidung von Konflikten sowie in Methoden, Fertigkeiten und Bewältigungsstrategien zur Gesunderhaltung.“
 - b) Es werden die neuen Absätze 6 und 7 eingefügt:

„(6) Der rettungsdienstliche Ausbildungsabschnitt umfasst die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, ein Klinik- und Rettungsdienstpraktikum sowie den Abschluss durch die Prüfung zum Rettungssanitäter oder zur Rettungssanitäterin.

(7) Nachwuchskräfte haben an einer regelmäßigen sportlichen Fortbildung in berufsspezifischen Disziplinen bzw. am Dienstsport teilzunehmen. Die Anforderungen und die Form der Überprüfung werden von der Dienstbehörde festgelegt.“
2. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Der Vorbereitungslehrgang und der fahrtechnische Ausbildungsabschnitt werden nicht mit Punkten bewertet.“
 - b) Es wird folgender neuer Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Ausbildungsabschnitte der Funktions- und Ergänzungsausbildungen werden von den jeweiligen Fachbereichen am Ende des jeweiligen Ausbildungsabschnitts nach Maßgabe des Ausbildungsrahmenplans bewertet.“
3. § 11 Absatz 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

„(2) Zur Laufbahnprüfung ist zugelassen, wer

 1. alle Ausbildungsabschnitte erfolgreich absolviert hat,
 2. den Nachweis der Fahrerlaubnis gemäß § 6 Absatz 3 erbracht hat sowie die Berechtigung zum Führen der Feuerwehrfahrzeuge mit Sonderrechten besitzt und
 3. über ein den Anforderungen des feuerwehrtechnischen Dienstes genügendes körperliches Leistungsvermögen verfügt.

Sofern die Nachwuchskraft nur auf Grund von Altersgrenzen die Voraussetzungen nach Satz 1 Nummer 2 nicht erfüllen kann, entscheidet der Prüfungsausschuss über eine Ausnahme.

(3) Die Laufbahnprüfung besteht aus einem schriftlichen, einem praktischen und einem mündlichen Teil. Der schriftliche und der mündliche Prüfungsteil können sich über alle Ausbildungsinhalte erstrecken. In der praktischen Prüfung hat der Prüfling Aufgaben in Form von Einsatzübungen zu lösen. Der schriftliche, praktische und mündliche Teil der Laufbahnprüfung müssen nicht zeitlich zusammenhängen. Sofern Teile der Laufbahnprüfung vor dem Abschluss der gesamten Ausbildung abgelegt werden, findet Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 und 2 mit der Maßgabe Anwendung, dass alle bis zu diesem Zeitpunkt durchgeführten Ausbildungsabschnitte erfolgreich abgeschlossen sein müssen.“
4. § 14 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 7 wird der abschließende Punkt durch das Wort „und“ ersetzt.
 - b) Es wird folgende Nummer 8 angefügt:

„8. über die ausnahmsweise Zulassung zur Laufbahnprüfung gemäß § 11 Absatz 2 zu entscheiden.“
5. § 20 Absatz 4 wird gestrichen. Die Absätze 5 und 6 erhalten die Absatznummern 4 und 5.
6. § 21 Absatz 2 Satz 3 und Satz 4 werden gestrichen.
7. § 22 Absatz 2 bis Absatz 5 erhalten folgende Fassung:

„(2) Die Abschlussnote setzt sich zusammen aus der Ausbildungsgesamtnote, der Prüfungsnote der schriftlichen Prüfung, der Prüfungsnote der mündlichen Prüfung und der Prüfungsnote der praktischen Prüfung. In die Abschlussnote gehen ein

 1. die Ausbildungsgesamtnote zu 40 vom Hundert,
 2. die Prüfungsnote der schriftlichen Prüfung zu 20 vom Hundert,
 3. die Prüfungsnote der mündlichen Prüfung zu 10 vom Hundert,
 4. die Prüfungsnote der praktischen Prüfung zu 30 vom Hundert.

(3) Die Ausbildungsgesamtnote setzt sich aus den in der feuerwehrtechnischen Grundausbildung und den anderen bewerteten Ausbildungsabschnitten erreichten Punktzahlen zusammen. Die zu bewertenden Ausbildungsabschnitte und die Anteile, mit denen die in den Ausbildungsabschnitten erreichten Punktzahlen in die Ausbildungsgesamtnote einfließen, werden unter Berücksichtigung des zeitlichen Umfangs und der Bedeutung des jeweiligen Ausbildungsabschnitts im Ausbildungsrahmenplan festgelegt. Die Ausbildungsgesamtnote und die Punktzahl der Abschlussnote werden auf zwei Dezimalstellen gerundet errechnet.

(4) Die Laufbahnprüfung ist bei einer Punktzahl von

14,00 oder mehr Punkten	mit „sehr gut“ bestanden,
11,00 bis 13,99 Punkten	mit „gut“ bestanden,
8,00 bis 10,99 Punkten	mit „befriedigend“ bestanden,
5,00 bis 7,99 Punkten	bestanden.

(5) Die Laufbahnprüfung ist nicht bestanden, wenn

1. die schriftliche Prüfungsarbeit mit weniger als fünf Punkten bewertet worden ist oder
2. die praktische oder die mündliche Prüfung mit weniger als fünf Punkten bewertet worden ist oder
3. die Punktzahl der Abschlussnote weniger als fünf Punkte beträgt.

Artikel II

Für die vor dem 1. März 2010 in das Beamtenverhältnis auf Widerruf oder Probe eingestellten Beamtinnen und Beamten des mitt-

leren feuerwehrtechnischen Dienstes gelten die Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst vom 5. Juni 2009 (GVBl. S. 283) in der bis zum 1. März 2010 geltenden Fassung und die Ausführungsvorschriften über die Ableistung der Probezeit im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst vom 14. Dezember 2000 weiter.

Artikel III

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. März 2010 rückwirkend in Kraft. Gleichzeitig treten die Ausführungsvorschriften über die Ableistung der Probezeit im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst vom 14. Dezember 2000 außer Kraft.

Berlin, den 1. Juli 2010

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Dr. Ehrhart K ö r t i n g

Sechzehnte Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung

Vom 6. Juli 2010

Auf Grund des § 52 Absatz 1 des Landesbeamtengesetzes vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70) wird verordnet:

Artikel I

Änderung der Arbeitszeitverordnung

Die Anlage zu § 1 Absatz 3 Satz 1 der Arbeitszeitverordnung in der Fassung vom 16. Februar 2005 (GVBl. S. 114), zuletzt geändert durch Artikel XII Nummer 16 des Gesetzes vom 19. März 2009 (GVBl. S. 70), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 werden nach den Wörtern „Grundstufen der Gesamtschulen“ ein Komma und die Wörter „der Integrierten Sekundarschulen und der Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.
2. In Nummer 5 werden nach dem Wort „Gesamtschulen“ ein Komma und die Wörter „Integrierte Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen“ eingefügt.

Artikel II

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2010 in Kraft.

Berlin, den 6. Juli 2010

Der Senat von Berlin

Klaus W o w e r e i t
Regierender Bürgermeister

Gisela v o n d e r A u e
Senatorin für den
Senator für Inneres und Sport

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Telefon: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08
E-Mail: gabriele.bluemel@senjust.berlin.de
Homepage: www.berlin.de/senjust

Verlag und Vertrieb:

LexisNexis Deutschland GmbH, Feldstiege 100, 48161 Münster
Telefon: 025 33/93 00 907, Fax 025 33/93 00 908
E-Mail: service@lexisnexus.de
Internet: www.lexisnexus.de

Bezugspreis:

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt.
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 4,20 € zzgl. Versand
(Deutsche Bank München, Konto 222 02 75, BLZ 700 700 10)

Druck:

Druckhaus Tecklenborg, Siemensstraße 4, 48565 Steinfurt

LexisNexis Deutschland GmbH • Feldstiege 100 • 48161 Münster
Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG

Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Übertragung der
Zuständigkeiten nach § 19 des Rechtsdienstleistungsgesetzes
Vom 8. Juli 2010

Auf Grund des § 19 Absatz 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), das zuletzt durch Artikel 9 Absatz 2 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2449) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung nach § 19 Absatz 2 des Rechtsdienstleistungsgesetzes vom 20. Mai 2008 (GVBl. S. 131) wird verordnet:

Artikel I

§ 1 der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeiten nach § 19 des Rechtsdienstleistungsgesetzes vom 13. Juni 2008 (GVBl. S. 154) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 werden nach den Wörtern „worden ist,“ die Wörter „sowie insoweit zugleich zuständige Aufsichtsbehörde nach § 16 Absatz 1 und 2 Nummer 9 in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Geldwäschegesetzes vom 13. August 2008 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 4 Absatz 9 des Gesetzes vom 30. Juli 2009 (BGBl. I S. 2437) geändert worden ist,“ eingefügt.
2. Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Abweichend von Absatz 1 ist zuständige Behörde für den Bereich der Registrierungen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 13 des Rechtsdienstleistungsgesetzes und deren Widerruf nach § 14 des Rechtsdienstleistungsgesetzes, und insoweit zugleich für die Aufsicht nach § 16 Absatz 1 und 2 Nummer 9 in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Geldwäschegesetzes, sowie für vorübergehende Registrierungen und Untersagungen nach § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit § 15 Absatz 2 bis 5 des Rechtsdienstleistungsgesetzes die Präsidentin oder der Präsident des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 8. Juli 2010

Senatsverwaltung für Justiz
Gisela v o n d e r A u e